

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungs-
gesellschaft mbH, Senftenberg

Geschäftsbericht 2012



Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau- Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

1 Einleitung

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH („LMBV“) mit Sitz in Senftenberg befindet sich zu 100 % im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland („Bund“).

Die LMBV hat nach Stilllegung der ihr übertragenen nicht privatisierungsfähigen Produktionsstätten folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Sanierung der unter Bergrecht stehenden Baulichkeiten, Anlagen und Flächen entsprechend den von den Bergämtern genehmigten Abschlussbetriebsplänen (Sanierungsbergbau),
- Verwertung des Anlagevermögens, welches durch einen umfangreichen Liegenschaftsbestand geprägt wird, sowie Durchführung nachlaufender Verwaltungsaufgaben für die stillgelegten Produktionsbetriebe (Nichtsanierungsbergbau).

Die Finanzierung des Sanierungsbergbaues erfolgte im Geschäftsjahr 2012 auf Basis des dritten ergänzenden Verwaltungsabkommens vom 2. Juli 2007. Dieses dritte ergänzende Verwaltungsabkommen (VA IV) gilt für den Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2012 und umfasst ein Gesamtvolumen von mehr als EUR 1,0 Mrd für:

- Maßnahmen im Rahmen der Rechtsverpflichtung der LMBV zur Bergbausanierung in Höhe von EUR 663,5 Mio gemäß § 2 VA IV,
- Maßnahmen zur Abwehr von Gefährdungen im Zusammenhang mit dem Wiederanstieg des Grundwassers in Höhe von EUR 262,1 Mio gemäß § 3 VA IV sowie
- Maßnahmen u. a. zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards über die Verpflichtungen der LMBV hinaus in Höhe von ca. EUR 100,0 Mio gemäß § 4 VA IV.

Lagebericht

Darüber hinaus wurde die LMBV beauftragt, durch Einwerben von zusätzlichen Mitteln aus der Arbeitsförderung die finanziellen Voraussetzungen zur Beschleunigung des Sanierungsfortschritts zu schaffen und damit weitere beschäftigungswirksame Effekte zu erzielen.

Infolge der Ende 2010 unerwartet aufgetretenen Instabilitäten auf Innenkippen in der Lausitz wurden vorsorglich umfangreiche Flächensperrungen vorgenommen. Mit Unterstützung des aus international anerkannten Wissenschaftlern der Geotechnik aus ganz Deutschland gebildeten geotechnischen Beirates der LMBV erfolgten und erfolgen auf der Grundlage des international aktuellen Standes der Technik, der Wissenschaft und Forschung erneute geotechnische Analysen aller Innenkippenbereiche der Lausitz. Im Ergebnis konnte ein Teil der gesperrten Flächen wieder eingeschränkten Nutzungen zugeführt werden. Die verbliebenen Sperrbereiche wurden hinsichtlich der Aufhebung der Sperrung kategorisiert und in drei zeitlich gestaffelte Kategorien eingeordnet. Die geotechnisch-hydrologisch relevanten Daten jeder Kippe werden in einem so genannten Kippenkataster dreidimensional zusammengeführt.

Die Konzipierung der erforderlichen ergänzenden Sanierungsmaßnahmen zur standsicheren Gestaltung der Innenkippen soll im Jahr 2013 weitgehend abgeschlossen sein, so dass mit deren schrittweisen Umsetzung ab 2013/2014 begonnen werden kann.

Die in den letzten Monaten zunehmende Eisenbelastung der Spree durch diffuse Einträge des eisenhaltigen Grundwassers im Zuge des flächenhaften Grundwasserwiederanstiegs sowie die Erarbeitung der erforderlichen Maßnahmen stellt einen weiteren Schwerpunkt der aktuellen Tätigkeit der LMBV dar. Betroffenheitsgebiete sind zum einen das Spreegebiet Südraum im Bereich des Zuflusses Talsperre Spremberg und zum anderen das Spreegebiet Nordraum mit den Zuflüssen aus dem Sanierungsgebiet der Tagebaue Seese/Schlabendorf und Greifenhain/Gräbendorf.

Die zur Ursachenermittlung des Böschungsereignisses in Nachterstedt vom Juli 2009 notwendige Erhebung neuer umfangreicher Daten sowie deren Auswertung wurden im Jahr 2012 mit Einsatz modernster Technik und mit hoher Intensität fortgesetzt und weitestgehend abgeschlossen.

Ein Zwischenbericht des Rahmengutachters der LMBV zum Stand der Ursachenanalyse wurde Anfang Juli erstellt und im Oktober in einem Kurzbericht fortgeschrieben. Seitens der LMBV besteht die Zielstellung, den Abschlussbericht bis Mitte 2013 fertig zu stellen. Entsprechend hat die LMBV die Planungsarbeiten zur Sicherung und Sanierung des Concordiasees intern eingeleitet.

Die im Nichtsanierungsbergbau erzielbaren Erträge reichen nicht aus, um die hier anfallenden Aufwendungen vollständig auszugleichen. Insofern stattete der Bund die LMBV mit dem erforderlichen Eigenkapital und den notwendigen liquiden Mitteln zum Ausgleich der erwarteten Verluste und liquiden Fehlbedarfe aus. Die jeweils noch freien Mittel hat die LMBV an den

Bund ausgeliehen. Die Mittel fließen bedarfsgerecht auf Basis der Wirtschaftspläne an die LMBV zurück.

Die im Gesellschaftsvertrag der LMBV definierten Aufgaben sind endlich, wenngleich deren Realisierung einen wesentlich längeren und aus heutiger Sicht unbestimmten Zeitraum einnimmt. Insofern hat die LMBV in Konsequenz aus der Abarbeitung ihrer Aufgaben auch die Verpflichtung, regelmäßig ihre Organisationsstruktur und ihren Personalbestand zu überprüfen und gegebenenfalls an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Unter dieser Prämisse und insbesondere unter Beachtung der aktuellen Einschätzung der Planungs- und Genehmigungsstände der laufenden Sanierungsarbeiten, der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen der Gefahrenabwehr sowie der Ereignisse im Tagebau Nachterstedt und in den Innenkippenbereichen der Lausitz, war es notwendig, im Rahmen der jährlichen Präzisierung der Personalentwicklungskonzeption den Stellenplan und die Aufbauorganisation für 2012 und 2013 ff. so zu gestalten, dass den steigenden Budgetansätzen Rechnung getragen wird. Aufsichtsrat und Gesellschafter haben den aktuellen Planansätzen zugestimmt. Zur effektiven Bearbeitung der Entschädigungen im Zusammenhang mit den Sperrbereichen wurde eine Arbeitsgruppe gebildet.

Im IV. Quartal 2012 wurde das vierte ergänzende Verwaltungsabkommen (VA V) über die Finanzierung der Braunkohlesanierung von 2013 bis 2017 durch den Bund sowie die Braunkohleregion Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unterzeichnet.

Um die Rechtsverpflichtungen der bergbaulichen Grundsicherung zu erfüllen, steht im Rahmen des VA V ein Budget von EUR 770 Mio zur Verfügung, den sich Bund und Braunkohleregion im Verhältnis 75 % zu 25 % teilen. Für Maßnahmen der Gefahrenabwehr aus dem Grundwasserwiederanstieg stellen Bund und Braunkohleregion je zur Hälfte einen Gesamtbetrag von EUR 460 Mio bereit. Dazu kommen zusätzliche Mittel der Braunkohleregion Brandenburg und Sachsen für die Erhöhung des Folgenutzungsstandards.

Realisierungsschwerpunkte des VA V werden die Weiterführung der bergbaulichen Grundsicherung insbesondere die Sicherung und Gewährleistung der Standsicherheit von Innenkippenbereichen sein. Des Weiteren werden die Flutung der Bergbaufolgeseen und die Gewässergüteeentwicklung im Fokus der Arbeit der LMBV stehen. Bei den Maßnahmen der Gefahrenabwehr infolge des Grundwasserwiederanstieges stehen die Umsetzung von Komplexmaßnahmen und Einzelobjektsicherungen gegen Vermessungen sowie Maßnahmen zur Erreichung der geotechnischen Sicherheit in den Altbergbaugebieten ohne Rechtsnachfolge im Zentrum.

2 Wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsfeld Sanierungsbergbau im Geschäftsjahr 2012

Die LMBV als Bergbauunternehmen und Projektträger der Braunkohlesanierung erfüllte ihre Aufgaben unter Beachtung der Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit auch im Jahr 2012 erfolgreich.

Einen Schwerpunkt stellte auch im Jahr 2012 die Bewältigung der komplexen Probleme auf Grund der eingetretenen geotechnischen Situation in den Innenkippenbereichen in der Lausitz dar.

Auf der Grundlage der Untersuchungen und durchgeführten Bewertungen kommt der aus anerkannten Wissenschaftlern und Sachverständigen zusammengesetzte Geotechnische Beirat der LMBV zu der Einschätzung, dass die Instabilitäten durch Entstehen von zu hohen Porendrücken im Kippenkörper im Zuge des Grundwasserwiederanstiegs verursacht werden. In der weiteren Bearbeitung werden geeignete Maßnahmen entwickelt, die die Entstehung kritischer Porendrücke vermeiden und die existierenden abbauen sollen. Dazu zählt neben dem Einsatz von Drains für kleinräumige zu schützende Objekte auch die Entwicklung von Verfahren zur schonenden Verdichtung der Kippenmassive. Die dazu bereits in 2012 begonnenen Feldversuche werden 2013 unter Begleitung eines speziellen seismischen Monitorings fortgeführt.

Parallel hierzu werden fortlaufend alle geotechnisch-hydrologisch relevanten Daten der Innenkippen in einem Kippenkataster zusammengeführt, so dass eine umfassende Analyse und Bewertung der geotechnischen Verhältnisse in den einzelnen Kippenkörpern erfolgen kann.

Bei den Verdichtungsarbeiten zur Sicherung der Bahntrasse am Bahnhof Lohsa kam es am 8. März 2012 an der gekippten Ostböschung des Silbersees zu einer Setzungsfließbrutschung. Dabei flossen ca. 70.000 m³ Erdmassen in den Silbersee. Nach Präzisierung der Gerätefahrweise und angepassten Sicherheitsvorgaben wurden die Verdichtungsarbeiten im April 2012 wieder aufgenommen. Am 19. September 2012 kam es im nördlichen Arbeitsbereich bei der Rüttelstopfverdichtung erneut zum Abrutschen der Uferböschung auf einer Länge von 55 m, dabei wurden ca. 5.000 m³ Erdstoff von der Böschungsbewegung erfasst. Nach Bewertung der Situation durch den Sachverständigen für Geotechnik wurde die Baustelle zur Weiterführung der Arbeiten am 2. Oktober 2012 durch die LMBV wieder freigegeben.

Am 9. Juli 2012 ereignete sich ein lokaler Grundbruch östlich des Speicherbeckens Lohsa II im Bereich eines Wirtschaftsweges im Nachgang zu erheblichen Niederschlägen in der Region. Der zum Restloch Lohsa II vorhandene Rütteldruckdamm im Böschungsbereich hat ein größeres Ereignis mit erheblichen Rückgriffweiten ins Hinterland verhindert.

Die zuvor beschriebenen Ereignisse fanden innerhalb der bereits gesperrten Flächen statt.

Nach Überprüfung der im Jahr 2010 vorsorglich zusätzlich gesperrten Kippenflächen im Lausitzer Revier erfolgte eine zeitliche Kategorisierung der Sperrbereiche zur möglichen Aufhebung der Sperrung. Eine solche zeitliche Kategorisierung war sowohl aus der Sicht der LMBV für die Fortschreibung der Sanierungskonzeptionen als auch aus der Sicht der Betroffenen sowie der Kommunen für ihre Planungen notwendig.

Die vorhandenen Sperrbereiche wurden in über 100 Teilflächen gegliedert und zur Einordnung der Sperrbereiche in die Kategorien:

- A (kurzfristige Aufhebung der Sperrung bis Ende 2013),
- B (mittelfristige Sperrung bis 2017) und
- C (langfristige Sperrung über 2017 hinaus)

bewertet. Diese Kategorisierung erfolgte nach einheitlichen technologischen und geotechnischen Kriterien einer Checkliste des Geotechnischen Beirates der LMBV, wodurch eine vergleichbare Herangehensweise der Sachverständigen für Geotechnik gewährleistet wurde.

Von insgesamt 16.950 ha gesperrten Flächen entfallen auf die einzelnen Kategorien:

- A: 1.780 ha,
- B: 7.830 ha und
- C: 7.340 ha.

Durch entsprechende Sanierungsmaßnahmen sollen mehr als 50 % der gesperrten Kippenflächen bis 2017 wieder freigegeben werden, wobei der Anteil einer kurzfristigen Freigabe bis Ende 2013 bei 10 % liegt.

Mit den betroffenen Grundstückseigentümern bzw. Nutzern wurden Gespräche zur eingeschränkten Nutzung mit Verhaltensanforderungen, zum Angebot von Austauschflächen, insbesondere von der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, Berlin („BVVG“), sowie zu Schadensregulierungen, sofern eine weitere Nutzung nicht gestattet bzw. keine Austauschfläche angeboten werden konnte, geführt.

Es gingen Anträge von 20 Landwirtschaftsbetrieben (davon 16 auf brandenburgischem und vier auf sächsischem Territorium) zu Entschädigungen auf Verlust von Zuwendungen aus Förderprogrammen, Ertragsausfällen und entgangenen Aufwendungen auf den gesperrten Flächen und auf den zur bedingten Nutzung freigegebenen Flächen ein. Die gesperrten Bereiche haben einen

Lagebericht

Einfluss auf den Umfang und somit auch auf die Rentabilität der einzelnen Betriebe. Aus den Bearbeitungen der Entschädigungen und den Gesprächen mit den Betroffenen zeigt sich, dass sich insbesondere bei den Flächensperrungen der Kategorie C (Sperrung bis nach 2017) der Verlust der Flächen für eine Bewirtschaftung teilweise existenziell auf Betriebe auswirkt.

Die LMBV hat daraufhin mit der BVVG auf Basis einer Grundlagenvereinbarung aus dem Flächenpool der BVVG Kompensationsmöglichkeiten eruiert. Es konnten ca. 600 ha Ackerland an betroffene Landwirtschaftsbetriebe in Brandenburg mit einem Fünf-Jahresvertrag verpachtet werden. In 2012 wurden die Abstimmungen zwischen der BVVG und der LMBV über Rahmenbedingungen zum Erwerb dieser Flächen als Tauschflächen vertieft.

Darüber hinaus waren weitere Entschädigungsfälle von Betroffenen (Forstunternehmen usw.) zu bearbeiten.

Im Jahr 2012 wurden die seit 2008 im Einvernehmen mit den zuständigen Berg- und Wasserbehörden laufenden Untersuchungen zu den im Zusammenhang mit dem Grundwasserwiederanstieg erwarteten diffusen Einträgen des eisenbelasteten Grundwassers in die Spree und ihre Zuflüsse weitergeführt und intensiviert. Betroffenheitsgebiete sind zum einen das Spreegebiet Südraum im Bereich des Zuflusses der Talsperre Spremberg und zum anderen das Spreegebiet Nordraum mit den Zuflüssen aus dem Sanierungsgebiet der Tagebaue Seese/Schlabendorf und Greifenhain/Gräbendorf.

Die Spree als Fließgewässer 1. Ordnung steht grundsätzlich in der hoheitlichen Zuständigkeit der Länder. Bei den bergbaulichen Beeinflussungen ist zu unterscheiden in:

- den Altbergbau ohne Rechtsnachfolge in Verantwortung der Länder,
- den Sanierungsbergbau in Verantwortung der LMBV sowie
- den aktiven Bergbau.

Die LMBV hat die in ihrem Auftrag erarbeiteten Studie den jeweils zuständigen Fachbehörden des Landes Brandenburg und des Freistaates Sachsen übergeben und die Ergebnisse und weiteren Arbeitsschritte mit den Behörden erörtert.

Auf Grund der aktuellen Situation der hohen Eisenbelastungen der Zuflüsse zur Spree und damit auch zum Spreewald hat die LMBV aus der laufenden Bearbeitung der Studien erste Sofortmaßnahmen zur Frachtminderung identifiziert und wird diese kurzfristig planerisch vorbereiten und den zuständigen Genehmigungsgremien der Braunkohlesanierung sowie den Fachbehörden zur Genehmigung vorlegen, um eine Trendumkehr der Eisenbelastung einzuleiten.

Im Rahmen der Ursachenermittlung zum Böschungsereignis Nachterstedt wurde 2012 die seeseitige Erkundung abgeschlossen. Die Erkundungsarbeiten zum untertägigen Altbergbau wurden durch Bohrungen zielgerichtet weitergeführt. Der zur Gewährleistung der geotechnischen Sicherheit im Südwestbereich des Tagebaues errichtete Brunnenriegel wurde in Betrieb genommen. Parallel zu den laufenden Erkundungsarbeiten erfolgte die Auswertung der bisher erhobenen umfangreichen Daten sowie die wissenschaftliche Interpretation dieser. Anfang Juli 2012 wurde ein Zwischenbericht zur Ursachenerkundung des Böschungsereignisses gefertigt. Ende Oktober wurde der aktuelle Kenntnis- und Beurteilungsstand des Rahmengutachters der LMBV, Prof. Katzenbach, in Form eines Kurzberichtes zum Stand der Ursachenanalyse zusammengefasst. Nach dem aktuellen Kenntnisstand ist die Böschungsbewegung auf ein hydraulisches Versagen des vom Concordiasee eingestauten Stützkippsystems in Verbindung mit dem an den seismischen Messstationen registrierten höherfrequenten dynamischen Initial vor der Rutschung zurückzuführen. Seitens der LMBV besteht die Zielstellung, den Abschlussbericht zur Ursachenermittlung bis Mitte 2013 fertig zu stellen. Auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse hat die LMBV die Planungsarbeiten zur Sicherung und Sanierung des Concordiasees eingeleitet. Als eine wesentliche erste Maßnahme wurde im September 2012 der Rückbau der inzwischen von der LMBV erworbenen Häuser im Sperrbereich der „Siedlung am Ring“ bei der Bergbehörde beantragt. Nach dem Vorliegen der Genehmigung und der Ausschreibung und Vergabe begannen die Rückbauarbeiten im Januar 2013.

Die durch den Bund, die Braunkohleländer und die Arbeitsverwaltungen im Jahr 2012 bewilligten finanzielle Mittel wurden unter Berücksichtigung der für das Jahr 2012 genehmigten Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit zwischen § 2, § 3 und Betriebsmitteln des Nichtsanierungsbergbaus abgearbeitet. Für die Fortsetzung der Braunkohlesanierung im Rahmen der Rechtsverpflichtungen der LMBV gem. § 2 des VA IV wurden Sanierungsleistungen in Höhe von EUR 101,2 Mio erbracht. Davon entfallen EUR 23,2 Mio auf Eigenleistungen der LMBV und EUR 78,0 Mio auf Fremdleistungen.

Lagebericht

Ausgewählte Schwerpunkte der bergbaulichen Grundsanierung (§ 2 VA IV) im Jahr 2012 waren:

Brandenburg

- Im Tagebaufeld Meuro erfolgte seit Mitte Februar 2012 die Erstsicherung einer lokalen Böschungsbruchstelle unterhalb der Victoriahöhe im nördlichen Uferbereich des Tagebaurestloches Meuro. Hier hatten starker Wind, hoher Wellenschlag und Eisgang auf die Böschungssysteme eingewirkt, die auf einen späteren höheren Endwasserstand ausgebaut sind. Während des Flutungsvorganges kam es zu Beeinträchtigungen an den künftigen vorgelagerten Uferzonen. Im Rahmen der im April 2012 abgeschlossenen ersten Etappe der Sicherungsarbeiten an der Bruchstelle wurden rund 12.000 m³ Wasserbausteinmaterial auf ca. 200 m Uferlänge eingebaut. Die zweite Etappe der Sicherung mit der abschließenden Gestaltung der Böschung wurde im Dezember 2012 begonnen.
- Am Überleiter 11, der schiffbaren Verbindung zwischen dem Sedlitzer See und Großräschner See, wurden die Verdichtungsarbeiten mittels Fallgewicht am zukünftigen Kanalbett auf einer Länge von 1,1 km abgeschlossen. Anfang September begann der Kanalausbau zwischen dem Tunnelbauwerk des Überleiters 11 und dem Großräschner See. Ebenfalls wurde die Betriebsstraße am Westportal über den Tunnel zur Baufeldfreimachung für die Anbindung des Großräschner See's verlegt. Zudem ist die Umbindung des Flusses Rainitza über den gleichen Weg realisiert worden. Im Bereich der Restlochekette Kleinleipisch der Tagebaufelder Lauchhammer wurden die Sanierungsarbeiten zur geotechnischen Sicherung der Kippenböschungen sowie von Kippentiefen zur Sicherung der Landstraße L 60 Lichterfeld-Lauchhammer weitergeführt. Nach der Holzung auf ca. 27 ha erfolgte der Masseneinbau mit Planiertechnik (ca. 330 Tm³) sowie mittels luftbereiftem Radlader (700 Tm³) einschließlich umfangreicher Massentransporte. Derzeit werden an mehreren Teilflächen Sanierungsleistungen mittels Rütteldruckverdichtung bis zu einer Teufe von 45 m realisiert.
- Im I. Quartal 2012 wurde mit der Neutralisation des Gewässerkörpers im Lichtenauer See durch Behandlung im Inlakeverfahren mit einem Sanierungsschiff begonnen. Die erste Phase der Inlakebehandlung wurde im II. Quartal 2012 erfolgreich abgeschlossen. Mit dem eingesetzten Sanierungsschiff wurden 1.700 t Kalksteinmehl und 202 t Kalkhydrat eingebracht. Im Herbst 2012 wurde die Nachsorgephase mit dem Eintrag von ca. 180 t Kalkhydrat durchgeführt.

Sachsen-Ost

- Die Außerbetriebnahme von Haltungsbrunnen an der gesicherten Deponie in Zerre erfolgte im III. Quartal 2012. Die Brunnen haben ihr Sanierungsziel mit der Abreinigung des Grundwassers erreicht. Das Sanierungsergebnis wird mittels Monitoring überwacht.

- Die Neubauarbeiten am Auslaufbauwerk im Tagebau Berzdorf, welches durch das Hochwasserereignis im August 2010 zerstört wurde, konnten erfolgreich beendet werden. Mit der Fertigstellung des Bauwerks kann der Endeinstau des Gewässers entsprechend der Flutungskonzeption der LMBV bis Mitte 2013 gewährleistet werden.
- Die LMBV hat die Inlake-Neutralisation im Tagebaurestsee Scheibe weiter geführt. Dabei wurden ca. 15.000 t Branntkalk in den Scheibe See eingebracht, der seinen Endwasserstand erreicht hat. Dies hat zu einer erfolgreichen Primärneutralisation des Wasserkörpers mit einem pH-Wertanstieg von 2,9 auf über 7 geführt. Auf Grund dieses Pilotvorhabens steht der LMBV künftig nun eine weitere In-Lake-Technik zur Neutralisation eines Seewasserkörpers zur Verfügung. Zur Ableitung des Überschusswassers aus dem Scheibe See wurde eine temporäre Überleitungsanlage zum Restsee Burghammer errichtet und am 18. September 2012 in Betrieb genommen.
- An weiteren Standorten im Industriekomplex Schwarze Pumpe wurden drei Haltungsbrunnen und neun Infiltrationsbrunnen zur Grundwassersanierung errichtet. Die Grundwassersanierung wurde kontinuierlich weitergeführt. Zur Verringerung der Gesamtaufwendungen wurde das Sanierungskonzept durch eine weitere Bodensanierung optimiert. Diese wird gegenwärtig vorbereitet und im Zeitraum des VA V umgesetzt.
- Im Jahre 2012 wurden fünf weitere Konditionierungen des Wasserkörpers Burghammer im Spreegebiet Südraum mit einem Einsatz von ca. 3.500 t Kalk mittels Sanierungsschiff zur Gewährleistung der Ausleitbedingungen in die öffentliche Vorflut realisiert.

Sachsen-West

- Die Verwahrung von Filterbrunnen im ehemaligen Tagebau Bockwitz wurde im I. Quartal 2012 abgeschlossen. Insgesamt wurden 50 Filterbrunnenstandorte erkundet, die versetzt wurden. Zusätzlich erfolgte eine Geogittersicherung von drei Filterbrunnenstandorten im Bereich einer Straße.
- Im April 2012 wurde die Sicherung der Steinekippe Gestewitz im Tagebau Witznitz gegen fortschreitende Erosion abgeschlossen. Durch eine Materialanstützung und den Auftrag von kulturfähigem Boden mit anschließender Begrünung wurde die Böschung gegen weitere Abspülungen/Auswaschungen geschützt.
- Im Mai 2012 wurde die Maßnahme „Ufersicherung Ostböschung 36er Niederfahrt RL Störmthal“ begonnen und im III. Quartal 2012 abgeschlossen. An der durch Ausbildung einer Kliffkante beschädigten Süd-Ost Böschung des Tagebaurestlochs Störmthal erfolgte eine umfassende Instandsetzung und Sicherung. Als dauerhafte und wartungsarme Sicherung wurden parallel zur Uferlinie vorgesezte Sandcontainer errichtet.

Lagebericht

- Im Jahre 2012 wurden die Bauarbeiten an der Schleuse des Gewässerverbundes Störnthaler-Markleeberger See planmäßig weitergeführt. Im III. Quartal 2012 erfolgte die Teilabnahme aller Bauwerksteile, der Vorhäfen sowie der Schwimmstege. Es folgten Trocken- und Nassproben der Anlagenteile sowie technische Zustandsfeststellungen. Am 16. November 2012 erfolgte mit dem modernen Fahrgastschiff „Wachau“ die erste Schiffshebung über 4 m sowie die Fahrt über 850 m im Störnthaler Kanal in den See. Im Frühjahr 2013 soll die Schleuse mit ihren zwei Vorhäfen für die öffentliche Nutzung frei gegeben werden.
- Das Bauvorhaben „Errichtung Auslaufbauwerk“ vom Markleeberger See in die Vorflut Pleiße wurde bauseitig abgeschlossen.
- Zur Sicherung einer Teeraltlast im Bereich Restloch Absetzer 13 wurde im I. Halbjahr 2012 ein Pilotversuch zur Immobilisierung/Verfestigung des Teer-Wasser-Gemisches erfolgreich durchgeführt. Nach Auswertung der Ergebnisse erfolgte die Überführung in die abschließende Sanierung ab dem IV. Quartal 2012. Des Weiteren werden Sicherungsmaßnahmen durch eine Böschungsabflachung realisiert, bevor das Restloch durch Eigenwasseraufgang bzw. durch die Wasserüberleitung aus dem Zwenkauer See geflutet wird.
- Die Baumaßnahme zur Errichtung der technischen Bauwerke zur Hochwasserentlastung Weiße Elster am Standort Zitzschen im Tagebau Zwenkau wurde 2012 bis auf wenige Restleistungen abgeschlossen. Die Flutung des Zwenkauer See´s sowie seine Initialneutralisation mit Branntkalksuspension verlaufen planmäßig.

Sachsen-Anhalt

- Zur Erreichung und Gewährleistung des Wasserstandes im Restloch Köckern wurde eine zweite Pumpstation mit der Ableitung zum Strengbach aufgebaut und in Betrieb genommen. Parallel dazu erfolgte im Strengbach zur Absicherung der erhöhten Abflüsse eine zusätzliche Gewässerunterhaltung.
- Die Teilfreigabe des Geiseltalsees zur öffentlichen Nutzung gemäß Gemeingebrauchsverordnung des Landkreises Saalekreis erfolgte zum 11. August 2012. Die Erkundungsmaßnahmen für die noch notwendige Sicherung der Südböschung Braunsbedra wurden begonnen.
- Im Bereich der Veredlungsanlagen Sachsen-Anhalt wurden die Grundwassersanierungsmaßnahmen an den Standorten Deuben und Kupferhammer plangemäß fortgeführt. Die Feldversuche der EOR-Probefelder zur weitergehenden Ölbeseitigung wurden abgeschlossen. Die Erneuerung eines Brunnenriegels der Grundwasserreinigungsanlage in Kupferhammer wurde erfolgreich durchgeführt.

- Im Rahmen der bergbaubedingten wasserwirtschaftlichen Nachsorge wurde an der Pumpstation Merseburg Ost zur Reduzierung und Einsparung von Betriebskosten der Stromversorgung Umbauarbeiten am veralteten Pumpsystem vorgenommen.
- Die Maßnahme Erkundung und Versatz Braunkohletiefbaugrube Wilhelm und Nr. 522 (Ernst) bei Theißen wurde im II. Quartal 2012 beendet.

Thüringen

- Der temporäre Pumpbetrieb im Restloch Zechau zur Gewährleistung des behördlich vorgegebenen Grenzwasserstandes wurde im Juli 2012 fortgeführt.
- Die Sicherungs- und Verwahrarbeiten in sieben Sicherungsbereichen der Braunkohletiefbaugrube „Altenburger Kohlenwerke“, bei denen auf Grund erkundeter untertägiger Grubenräume eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit bestand, wurden abgeschlossen.
- Der zweite Teil der Erkundungs- und Verwahrmaßnahme im Bereich IDA-Schacht, der im Jahr 2012 begonnen wurde, dient der Gefahrenabwehr der bei der vorangegangenen Erkundungs- und Verwahrmaßnahme 2009 - 2011 festgestellten Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit im Bereich der Bundesstraße B 180 und im Gewerbegebiet Kriebitzsch.

Den Tagebaurestlöchern der LMBV wurden im Jahr 2012 insgesamt ca. 89,2 Mio m³ Flutungswasser zugeführt, davon ca. 67,3 Mio m³ in der Lausitz und 21,9 Mio m³ in Mitteldeutschland.

Am 29. November 2012 stellte die LMBV den Vertretern des Bundes und der Bundesländer Brandenburg und Sachsen sowie der zuständigen Genehmigungsbehörden ihr fortgeschriebenes „Flutungs-, Wasserbehandlungs- und Nachsorgekonzept“ für die Lausitz vor. Dieses setzt auf die in 1996 entwickelten, in 2001 vertieften und in 2007 veränderten Konzepte zur zunächst mengenmäßigen und zunehmend auch güteorientierten Flutung der Bergbaufolgeseen auf. Seit 2007 haben sich erneut verschiedene Rahmenbedingungen wie die eingeführte EU-Wasserrahmenrichtlinie, die Novellierung des Wasserhaushaltgesetzes von 2010 sowie diverse Abschlussbetriebsplan-Vorgaben und Bestimmungen aus den geführten Wasserrechtsverfahren ergeben.

Außerdem mussten extreme meteorologische Ereignisse aus den Jahren 2010 und 2011, starke Grundwasserneubildungsraten und die aus Instabilitäten von Innenkippen herrührenden neuen Erkenntnissen in die Konzepte systematisch eingearbeitet werden. Daraus ergaben sich zum Teil neue planerische Lösungsansätze für das Zu- und Ableiten von Wasser. Die Netzstruktur der hydrologischen Verbindungen musste ebenfalls angepasst werden.

In den kommenden Wochen werden die zuständigen Behörden ihre Vorschläge und Stellungnahmen erarbeiten und der LMBV zuleiten. Im September 2013 sollen auf einer Fachtagung

Lagebericht

unter Einbeziehung aller betroffenen Landkreise und Kommunen, der Wissenschaft und Behörden die Ergebnisse vorgestellt werden.

Im Rahmen der Projekte zur Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit dem Grundwasserwiederanstieg (§ 3 VA IV) wurden im Jahr 2012 Sanierungsleistungen in Höhe von EUR 48,3 Mio erbracht; davon entfielen EUR 13,4 Mio auf Eigenleistungen der LMBV und EUR 34,9 Mio auf Fremdleistungen. Unter Berücksichtigung der für das Jahr 2012 genehmigten Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit zwischen § 3 und § 2 wurde das im § 3 VA IV angesetzte Budget erreicht.

In allen Bereichen wurden die ingenieurtechnischen Leistungen zur Gefahrenermittlung im Zusammenhang mit dem Grundwasserwiederanstieg sowie für die Erarbeitung von Gefahrenabwehrmaßnahmen intensiv weitergeführt.

Ausgewählte wesentliche Schwerpunkte der Sanierungstätigkeit im § 3 VA IV des Jahres 2012 waren:

Brandenburg

- Auf Grund der günstigen Witterung konnte bereits im I. Quartal 2012 die Asphaltierung der Straße Goßmar nach Freesdorf vorgenommen werden. Die Straße wurde nachfolgend durch den Baulastträger abgenommen und für den Verkehr freigegeben.
- Die Arbeiten zur Sicherung des Schmutzwasserkanals gegen aufsteigendes Grundwasser in Lübbenau wurden abgeschlossen. Im Rahmen der Abnahme nahm der Wasserverband den gesicherten Abschnitt in Betrieb.
- Mit der Erörterung der Standsicherheitseinschätzung bzw. Abschlussgutachten als Dokumentation des Sanierungserfolges der Sicherungsmaßnahmen der Böschungen am Germania-teich, Postteich und Clubteich in Hosena erfolgte die uneingeschränkte Verkehrsfreigabe der L58.
- Im Rahmen der Gefahrenabwehr wurde der Betrieb von fünf Brunnen am Pappelweg in der Ortslage Lauchhammer weitergeführt. Unter Beteiligung der Bergbehörde und der Stadt Lauchhammer wurde das Sanierungskonzept für den Gesamtbereich der gefährdeten Kippenflächen in 2012 fortgeschrieben.
- Die Arbeiten zur Errichtung der drei Horizontalfilterbrunnen im Gewerbegebiet von Senftenberg wurden im III. Quartal 2012 mit der Baufeldfreimachung und den Holzungsarbeiten an der Rohrleitungstrasse begonnen. Derzeitig wird der erste Horizontalfilterbrunnen im Bereich der Güterbahnhofstraße errichtet.

Sachsen-Ost

- Auf zwei Teilflächen im Lugteichgebiet bei Laubusch konnte durch Massenauftrag mit einer trockenen Überdeckung die geotechnische Sicherung abgeschlossen werden. Es wurden auf ca. 30 ha Fläche ca. 650.000 m³ Erdstoff aus der benachbarten Hochkippe eingebaut.
- Im Ortsteil Driewitz der Gemeinde Lohsa wurde ein weiterer Abschnitt zur Regulierung der Vorflut fertig gestellt. Auf einer Länge von 1.250 m wurde der „Mittlere Graben“ ausgebaut. Im Rahmen der Maßnahme mussten sechs Durchlässe instand gesetzt werden. Der „Südliche Graben“ ist auf einer Länge von ca. 800 m neu gestaltet worden. Gleichzeitig wurden an diesem Graben vier Durchlässe erneuert.
- In Vorbereitung der umfangreichen Sanierungsarbeiten zur Sicherung der Uferbereiche und Böschungen am Knappensee, wurde im Mai 2012 in Abstimmung mit dem Sächsischen Oberbergamt durch die LMBV ein Bürgerbüro eröffnet. Mit dieser Einrichtung sollen Betroffene umfangreich über den Ablauf der Sanierungsarbeiten, erforderlichen Sperrungen und möglichen Entschädigungsansprüchen bei polizeirechtlichen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr beim Grundwasserwiederanstieg informiert werden. Das Sanierungskonzept, einschließlich der Netzentflechtung und Geländefreimachung wurde planerisch weiter bearbeitet.

Sachsen-West

- An der Hochkippe Borna wurde durch die errichtete Wasserhaltung der vorgegebene Wasserstand im Weiher Borna von 144,50 m NHN erreicht. Die Planung für die dauerhafte Ableitungsvariante wird erst nach Vorliegen der Sanierungskonzeption für die Hochkippe entschieden. Die Baugrunduntersuchungen und die Vermessung der Trasse wurden beauftragt. Zur Erkundung der Hochkippe Borna wurden kleinkalibrige Erkundungen vorgenommen.
- Die Maßnahme Erkundung und Verwahrung Tiefbau „Leipzig-Dölitz“ Teil II wurde realisiert, wie auch die bautechnischen Sicherungsarbeiten an den Objekten Mönchereistraße 1 und Seenallee 5a in der Ortslage Markkleeberg.
- Die Ausgleichs- und Ersatzpflanzungsmaßnahmen im dritten Bauabschnitt des Loberausbaus wurden durchgeführt. Ebenfalls in Umsetzung ist das Monitoringprogramm zum Nachweis der Wirksamkeit der bisher realisierten Ausbaumaßnahmen. Für den zweiten Bauabschnitt wurden entsprechend der Forderung der Behörden die Planungsunterlagen präzisiert sowie zusätzliche umweltrelevante Untersuchungen durchgeführt. Der Baubeginn ist für das II. Quartal 2013 vorgesehen. In der Stadt Delitzsch wurden 2012 insgesamt 31 Objekte durch verschiedene Bauverfahren, wie Errichtung einer weißen Wanne, Kellerverfüllung, Hausanhebung sowie durch Abriss und Neubau gesichert.

Sachsen-Anhalt

- Im Stadtsicherungsprojekt Bitterfeld wurde der Betrieb der Drainagen Annahof und Bergmannshof sowie der Grundwasserreinigungsanlage planmäßig fortgesetzt. Für 19 Objekte in Bitterfeld wurden die Planungsleistungen für Sicherungsmaßnahmen gegen den Grundwasserwiederanstieg beauftragt. Die Übertragung der Projektträgerschaft auf die Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF) des Landes Sachsen-Anhalt gemäß geschlossener Vereinbarung für die Stadtsicherung Bitterfeld erfolgte zum 1. Januar 2013.
- In der Ortslage Zscherndorf konnten die baulichen Sanierungsmaßnahmen an vier Häusern (Sicherung durch weiße Wanne) abgeschlossen werden. Derzeitig werden Bauleistungen an 24 Häusern realisiert. Zur Sicherung von Gebäuden wurde ein Drainagesystem in Betrieb genommen.
- In Königsau erfolgte die Nacherkundung zur Ermittlung der Beeinflussung des Grundwasserwiederanstieges auf die Standsicherheit der „Halde 4 Nachterstedt“.

Thüringen

- Die ingenieurtechnische Bewertung möglicher Betroffenheiten durch den Grundwasserwiederanstieg in Thüringen wurde weitergeführt. Schwerpunkte stellen die Orte Meuselwitz, Rositz, Mumsdorf, Gerstenberg und Lucka dar. Die Errichtung der Grundwassermessstellen zur Aktualisierung des hydrologischen Großraummodells Süd konnte als Leistungsübergang aus dem Jahr 2011 im I. Quartal 2012 weitestgehend abgeschlossen werden.
- Im III. Quartal erfolgte die Fertigstellung und Abnahme der Renaturierung des Saalgrabens bei Meuselwitz auf einer Länge von ca. 3.000 m.
- Die Arbeiten zur Errichtung von Grundwassermessstellen im Bereich Meuselwitz und Lucka wurden im II. Quartal 2012 abgeschlossen.

In den Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahren durch den Grundwasserwiederanstieg wurden die Planungsprozesse zielgerichtet weitergeführt, so dass die LMBV hier über solide Grundlagen für die Maßnahmenumsetzung in den Folgejahren verfügt. Auf die ingenieurtechnische Bearbeitung von Komplexmaßnahmen, wie z. B. im Stadtgebiet Delitzsch, der Ortslage Zscherndorf, den Konfliktgebieten in Senftenberg und Lauchhammer sowie für den Knappensee und den Bereich des Bahnhofes Lohsa wird seitens der LMBV besonderes Augenmerk gelegt.

Aber auch bei einer Vielzahl von Einzelbetroffenheiten werden Gefahrenabwehrmaßnahmen vorbereitet und realisiert.

Im Auftrag der Braunkohleländer realisierte die LMBV Maßnahmen zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards gemäß § 4 VA IV in einem Gesamtvolumen von EUR 20,8 Mio (netto), das

entspricht EUR 24,2 Mio (brutto). Davon entfielen EUR 3,0 Mio auf Eigenleistungen der LMBV und EUR 17,8 Mio auf Fremdleistungen.

Ausgewählte wesentliche Projekte des Jahres 2012 waren u. a.:

Brandenburg

- Am Überleiter 12 vom Senftenberger See zum Geierswalder See wurde die Anbindung des Kanals an den Senftenberger See fertig gestellt. Der Radwege- und Fußgängertunnel zur Unterquerung der Bundesstraße B 96 wurde freigegeben, so dass die B 96 gefahrlos passiert werden kann. Im Dezember wurde die umverlegte Schwarze Elster über dem Tunnelbauwerk zur künftigen Schleuse in Betrieb genommen. Die Zufahrtsstraße nach Großkoschen konnte ebenfalls im Dezember für den Verkehr freigegeben werden.
- Nachdem im I. Quartal 2012 die Tiefenverdichtung zur Stabilisierung des Bauuntergrundes für den Überleiter 11 (schiffbare Verbindung Sedlitzer See zum Großräschener See) im Bereich zwischen dem Sedlitzer See und dem Tunnelbauwerk auf einer Länge von ca. 800 m und einem Volumen von ca. 1,6 Mio m³ mittels Rütteldruckverdichtung abgeschlossen wurde, erfolgte anschließend die oberflächennahe Verdichtung dieser Trasse mittels Fallgewicht. Das Tunnelbauwerk zur Querung der Deutschen Bahn AG und der Bundesstraße B 169 wurde im II. Quartal 2012 fertig gestellt. Damit konnte auch die Freigabe der Bundesstraße B 169 erfolgen. Anfang September 2012 begann der Kanalausbau zwischen dem Tunnelbauwerk des Überleiters 11 und dem Großräschener See. Im Zuge der Baufeldfreimachung wurde vorher die Umverlegung der Betriebsstraße und der Raintza über das Westportal des Tunnels abgeschlossen. Voraussetzung war die Herstellung der hydraulischen Durchgängigkeit der Raintza mittels einer unterflurverlegten Betonleitung. Die Finanzierung der Maßnahme ist zwischen dem § 2 VA IV und dem § 4 VA IV gesplittet.

Sachsen-Ost

- Am Dreiweiberner See bei Lohsa wurde eine Steganlage erweitert und am 20. Juli 2012 zur öffentlichen Nutzung an die Gemeinde übergeben.
- Anfang November 2012 wurde mit dem Bau eines Schiffs- und Bootsanlegers am Geierswalder See begonnen.
- Die Komplettierung der Hafenanlage am Berzdorfer See konnte mit der Beplankung der Steganlagen am 30. April 2012 abgeschlossen werden. Die Anlage wurde der Stadt Görlitz zur Nutzung übergeben.

Sachsen-West

- Im Jahr 2012 erfolgte an der Kanuparkschleuse die Baugrubenverfüllung, der Stahlwasserbau, EMSR-Technik, Wegebau und der Bau der Vorhäfen. Nach erfolgreichem Probebetrieb erfolgte Ende Oktober 2012 die Abnahme nach VOB für den Neubau der Kanuparkschleuse. Es schließt sich eine Testphase zur Schleusennutzung mit dem Fahrgastschiff bis Frühjahr 2013 an. (gesplittete Finanzierung § 2 VA IV und § 4 VA IV).
- Die trinkwasser- und abwasserseitige Erschließung für den Sportstrand konnte bis auf geringe Restleistungen im Jahr 2012 realisiert werden. Seit Oktober 2012 laufen in einem weiteren Bauabschnitt die Baumaßnahmen für die Freianlagen. Dabei erfolgt der Auftrag von ca. 10.000 m³ Sand sowie das Anlegen von Wegen und Sportfeldern. Die Maßnahme soll mit Beginn der neuen Badesaison Ende Mai 2013 abgeschlossen sein.
- Ein etwa 3,5 Kilometer langes Teilstück der Kippenrandstraße zwischen Großstolpen und Wischstauden (Tagebau Peres) wurde im Jahre 2012 grundhaft ausgebaut. Am 19. Dezember 2012 erfolgte die Verkehrsfreigabe durch die Stadt Groitzsch. Die Straße ist auf eine Breite von 3,50 m angelegt und beidseitig mit je 1 m breiten Banketten sowie Ausweichstellen versehen. Damit besteht nun auch die Anbindung an bereits realisierte Streckenabschnitte und Anschlusswege sowie auch an das überregionale Radwegenetz in Richtung Zwenkauer See und Borna.

Die Maßnahmen zur Erhöhung des Folgenutzungsstandards im Auftrag der Braunkohleländer werden auf der Grundlage des mit den Ländern abgestimmten Rahmens kontinuierlich weiter geführt.

3 Wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsfeld Nichtsanierungsbergbau im Geschäftsjahr 2012

Das Geschäftsfeld Nichtsanierungsbergbau ist gekennzeichnet durch die Verwaltung des Liegenschaftsbestandes der LMBV und den Verkauf von verwertungsfähigen Grundstücken.

Der flächen- und wertmäßige Umfang der Grundstücksverkäufe zeigt eine rückläufige Tendenz. Das Vermarktungsgeschehen ist geprägt durch eine größere Anzahl kleinteiliger Verkäufe.

Per 31. Dezember 2012 umfasst der Liegenschaftsbestand der LMBV 31.014 ha. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um ca. 525 ha. Wesentliche Ursache ist die Rückabwicklung der Kaufverträge über den Concordiasee (Nachterstedt).

Im Jahr 2012 konnte eine Fläche von insgesamt 201 ha bilanzwirksam verkauft werden. Hinzu kamen ca. 3 ha durch Vermögenszuordnung gemäß VZOG bzw. Restitution entsprechend VermG. Aus den vorstehend genannten Liegenschaftsverkäufen erzielte die LMBV Erlöse in Höhe von ca. TEUR 883.

Schwerpunkte der bilanzwirksamen Liegenschaftsverkäufe des Jahres 2012 im Hinblick auf den Verkaufsumfang und das vorgesehene Nutzungsziel waren:

- der Verkauf von Flächen in der Größe von ca. 10,0 ha am Großräschener See an den Zweckverband Lausitzer Seenland Brandenburg für ein Jugendcamp
- der Verkauf einer Gewerbefläche von 0,7 ha im Lausitz-Industrie-Park Lauchhammer zur Erweiterung einer Firma
- und die Beurkundung und bilanzwirksame Abwicklung von weiteren 38 Verkäufen unter TEUR 50.

Des Weiteren wechselten im Jahr 2012 Flächen aus Verkäufen der Vorjahre den Besitzer, so u. a.

- die Abschnitte IV bis VI der ehemaligen Tagesanlagen Delitzsch-Südwest als Entwicklungsflächen an die Stadt Delitzsch (ca.71 ha)
- das Auslaufbauwerk Leine an der Goitzsche (0,8 ha)
- die Entwicklungsflächen 2.1. in Schwarze Pumpe (5,2 ha)
- Forstflächen in der Gemarkung Casel (19,5 ha)
- Flächen am Westufer des Scheibe Sees (5,8 ha)

Darüber hinaus wurden im Jahr 2012 weitere notarielle Grundstückskaufverträge abgeschlossen, die noch nicht bilanzwirksam sind. Hervorzuheben ist hier die Beurkundung eines notariellen Kaufvertragsangebotes über eine Fläche von 5 ha im Industrie- und Gewerbepark Espenhain an die Firma Abel Retec GmbH & Co. KG zur Errichtung eines Biomasse-Kraftwerkes.

Der Abschluss von zwei Erbbaurechtsverträgen im Bereich des Störmthaler Sees wird dessen touristische Entwicklung befördern.

Die Verhandlungen mit dem Land Brandenburg zum Abschluss einer Vereinbarung zur Übergabe von 1.738 ha Flächen des Nationalen Naturerbes wurden weitergeführt. Mit der Unterzeichnung wird im Jahre 2013 gerechnet. Ebenso wie in der Vereinbarung mit dem Freistaat

Lagebericht

Sachsen ist die Beendigung der Bergaufsicht eine wesentliche Voraussetzung für die Übertragung von Flächen.

Zur Umsetzung der Gewässerrahmenvereinbarung mit dem Freistaat Sachsen wird die Übergabe des Werbeliner Sees in Mitteldeutschland und des Bärwalder Sees in Ostsachsen weiter in den entsprechenden Arbeitsgruppen vorbereitet. Mit der Übergabe der Seen kann frühestens im Jahre 2016 gerechnet werden.

Für die Lausitz-Industrieparks Kittlitz, Marga, Sonne und Lauchhammer wurden 2012 die Vermarktungsaktivitäten in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Wirtschaftsförderern aktiv weitergeführt. Dabei gestalten sich die Ansiedlung von Investoren und damit die Flächenvermarktung zunehmend schwieriger. Der Vermarktungsgrad beträgt gegenwärtig für die Lausitz-Industrieparks insgesamt 58 %, davon anteilig für Kittlitz 44 %, Marga 43 %, Sonne 67 % und Lauchhammer 81 %.

Im ersten Bauabschnitt des Mitteldeutschen Industrie- und Gewerbeparks Espenhain sind bislang 35,7 ha der Gesamtnettofläche von 46,0 ha verkauft. Das sind ca. 78 %. Auf der Erweiterungsfläche des ersten Bauabschnittes am Standort Espenhain konnten bisher 13,7 ha bilanzwirksam verkauft werden. Das entspricht einer Belegungsquote von 66 %.

In Espenhain wurde 2012 ein notarielles Verkaufsangebot über weitere 5 ha beurkundet. Ohne Ergebnis verliefen bisher die Vermarktungsbemühungen für das Verwaltungsgebäude Espenhain.

Die Akquise zur Flächenvermarktung des Mitteldeutschen Industrieparks Großkayna-Frankleben wurde intensiv über breit gefächerte Aktivitäten in Zusammenarbeit mit der Stadt und dem Landkreis weiter geführt. Der Standort ist zu 25 % belegt.

Die bergrechtlichen Sanierungsmaßnahmen sowie die Arbeiten zur Gefahrenabwehr infolge des Grundwasserwiederanstieges finden zunehmend auf bereits verkauften Flächen bzw. Flächen in Fremdeigentum statt. Für die Projektdurchführung sind daher umfangreiche Abstimmungen mit den Betroffenen notwendig.

Um die LMBV auf die neuen Anforderungen einzustellen, wurde im SAP-Modul LISA das Objekt „Sanierungsmaßnahme“ neu programmiert, um den Bearbeitern bei der Ermittlung der betroffenen Eigentümer, bei der Vertragsbearbeitung und der Vertragsabwicklung ein einheitliches Werkzeug zur Verfügung zu stellen.

Zunehmend treten wieder Restitutionsansprüche auf, die im Vorfeld der Liegenschaftsverkäufe zu bearbeiten sind.

Im Jahr 2012 wurden insgesamt sechs Flurneuerungsverfahren beendet.

Die Überprüfung der Wertansätze des Liegenschaftsbestandes wurde auf Grundlage der aktuellen Verkehrswerte fortgesetzt. Insbesondere für die Nutzungsarten Landwirtschaftliche und Forstwirtschaftliche Flächen, sonstige Flächen ohne wirtschaftliche Nutzung sowie Abbau-land/Halde wurden Wertberichtigungen vorgenommen.

Ausblick

Die LMBV wird auch im Jahr 2013 den Bestand aller verwertbaren Liegenschaften weiter reduzieren. Ziel ist der Abschluss von Kaufverträgen über eine Gesamtfläche von 181 ha.

Auf Grund von zum Teil dauerhaften Nutzungseinschränkungen wird der Ankauf von Flächen geprüft.

Die Verhandlungen über eine Vereinbarung mit dem Land Brandenburg zur Übertragung von Flächen des Nationalen Naturerbes sollen 2013 abgeschlossen werden. Die Gewässerübertragungen sind in den Arbeitsgruppen weiter vorzubereiten.

4 Personalentwicklung Geschäftsjahr 2012

Am 31. Dezember 2012 waren 568 Mitarbeiter (ohne Auszubildende, ruhende Arbeitsverhältnisse und ATZ/Ruhephase) im Unternehmen tätig. Damit hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Mitarbeiterzahl um 13 erhöht.

Im Jahr 2012 standen 20 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung. 61 Jugendliche befanden sich am 31. Dezember 2012 in der Ausbildung.

Am 31. Dezember 2012 befanden sich 222 Mitarbeiter in Altersteilzeit.

Im Rahmen des VA IV wurden in Maßnahmen der Braunkohlesanierung im Durchschnitt des Jahres 2012 87 geförderte Arbeitnehmer eingesetzt. Es konnten damit für die Braunkohlesanierung bzw. den Sanierungsfortschritt zusätzlich rund TEUR 990 bereitgestellt werden.

Ausblick

Am 1. Januar 2013 betrug die Mitarbeiterzahl 571 Arbeitnehmer (ohne Auszubildende, ruhende Arbeitsverhältnisse/Dauerkranke und ATZ/Ruhephase). Kurzfristig ist der Aufbau auf 591 Arbeitnehmer unter Berücksichtigung schon geschlossener Verträge, laufender Auswahlverfahren und vorhandener Bedarfe vorgesehen.

Durchschnittlich werden sich im Jahr 2013 ca. 122 Mitarbeiter in der Ruhephase der Altersteilzeit befinden.

Zum 1. Januar 2014 werden voraussichtlich 588 Mitarbeiter in einem Arbeitsverhältnis stehen.

In den Folgejahren ist eine leicht rückläufige Tendenz zu erwarten.

Die Anzahl der Auszubildenden wird sich von 61 (1. Januar 2013) um vier auf 57 (31. Dezember 2013) vermindern. 2013 werden 16 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, welche erneut aus dem Verwaltungsabkommen finanziert werden. Auf Grundlage der erteilten Bewilligungsbescheide der Arbeitsbehörden vor dem 1. April 2012 wird für das Jahr 2013 mit durchschnittlich 15 geförderten Arbeitnehmern bzw. TEUR 170 zusätzlichen Fördermitteln gerechnet. Auf Grund der geänderten Förderbedingungen läuft vorerst der Einsatz geförderter Arbeitnehmer im Jahr 2013 aus.

5 Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage 2012

Das Geschäftsjahr 2012 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 15,4 Mio ab. Dabei konnte das geplante Betriebsergebnis in Höhe von EUR -9,7 Mio mit dem Jahresabschluss 2012 auf EUR -9,1 Mio verbessert werden. Das neutrale Ergebnis in Höhe von EUR -6,3 Mio wird im Wesentlichen durch Zuführungen (EUR -13,1 Mio) und Auflösungen (EUR 4,5 Mio) von Rückstellungen, Zinserträgen (EUR 4,8 Mio), Zinsaufwendungen (EUR 1,9 Mio) sowie außerplanmäßige Abschreibungen (EUR 0,6 Mio) bestimmt.

Im Sanierungsbergbau sind Aufwendungen in Höhe von EUR 187,3 Mio, davon für bezogene Leistungen (EUR 145,3 Mio), Eigenleistungen (EUR 41,8 Mio) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen (EUR 0,2 Mio) entstanden, die durch erhaltene Zuschüsse (EUR 177,6 Mio), sonstige Erträge (EUR 4,5 Mio), Verkäufe Liegenschaften (EUR 0,3 Mio) und die Inanspruchnahme von Rückstellungen (EUR 4,9 Mio) gedeckt sind. Im Zusammenhang mit dem Börsungsereignis in Nachterstedt fielen Sanierungsaufwendungen für notwendige Sicherungsmaßnahmen und der Schadensregulierung in Höhe von EUR 16,6 Mio an, die durch Mittel des Bundes (75 %) und durch Mittel des Landes Sachsen-Anhalt (25 %) gedeckt sind.

Im Nichtsanierungsbergbau wurden betriebliche Erträge in Höhe von EUR 53,7 Mio erzielt, die im Wesentlichen aus Projektträgerleistungen für die Sanierung sowie Erlösen aus Liegenschaftsverkäufen resultieren. Die erzielten Erlöse reichen nicht aus, um die Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen (EUR 16,8 Mio), die Personalaufwendungen

(EUR 41,0 Mio) sowie die übrigen betrieblichen Aufwendungen (EUR 4,9 Mio) zu decken. Die erzielten Einnahmen können insbesondere die nachlaufenden Ausgaben für die stillgelegten Bergbaubetriebe und die Ausgaben der Liegenschaftsverwaltung und – verwertung nicht ausgleichen.

Die Gesamtaufwendungen im Nichtsanierungsbereich im Zusammenhang mit dem Böschungsereignis in Nachterstedt betragen in 2012 EUR 1,1 Mio, darunter fallen Primäraufwendungen für die Ursachenforschung in Höhe von EUR 0,75 Mio.

In 2012 wurden im Nichtsanierungsbergbau Investitionen in Höhe von EUR 0,3 Mio überwiegend für den Ersatzbedarf realisiert.

Vermögenslage zum 31. Dezember 2012

Das Sachanlagevermögen und die Immateriellen Vermögensgegenstände der LMBV haben sich um TEUR 665 vermindert. Gründe dafür sind insbesondere Abgänge (TEUR 720) und planmäßige sowie außerplanmäßige Abschreibungen (TEUR 862). Die weitere Überprüfung der Wertansätze der betrieblichen Nutzungsarten beeinflussten dabei die Höhe der außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von TEUR 564. Insgesamt wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 647 vorgenommen. Die Zuschreibungen von TEUR 192 setzen sich zusammen aus TEUR 98 aus Wertaufholungen von im Geschäftsjahr veräußerten Vermögensgegenständen, TEUR 29 aus Berichtigungen nach § 36 DMBilG sowie TEUR 65 aus der weiteren Überprüfung der Wertansätze der betrieblichen Nutzungsarten.

Die Forderungen gegen den Gesellschafter haben sich um EUR 11,4 Mio vermindert, was im Wesentlichen aus der Reduzierung der Erstattungsforderung resultiert. Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 12,2 Mio vermindert.

Die liquiden Mittel haben sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um EUR 15,2 Mio erhöht. Die Veränderung resultiert insbesondere aus dem Aufbau von Sanierungsmittelbeständen auf Grund von erhaltenen, noch nicht verbrauchten Mitteln und aus der erhaltenen Schlusszahlung für die Sanierung des Tagebaurestloches Großkayna in Höhe von EUR 9,4 Mio.

Die Eigenkapitalquote am 31. Dezember 2012 betrug 44,2 %.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 12,8 Mio erhöht.

Die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen wurden im Geschäftsjahr 2012 umfangreich überprüft. Die projektkonkrete Planung der bergbaulichen Verpflichtungen berücksichtigt alle derzeit bekannten, noch zu erbringenden Leistungen und die damit verbundenen Kosten für einen Planungshorizont bis zum Jahr 2050. Sofern über diesen Planungshorizont hinaus Aufgaben oder Leistungen zu erbringen sind, werden diese neuen Erkenntnisse fortlaufend in die jeweilige Planung und Bewertung der LMBV einbezogen. Auf

Lagebericht

Grund der vielfältigen Einflüsse und des langen Betrachtungszeitraumes ist nicht auszuschließen, dass weitere Anpassungen der bergbaulichen Verpflichtungen erfolgen. Insgesamt erhöhten sich die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen durch Neubewertung um EUR 223,1 Mio. Davon entfallen EUR 2,4 Mio auf den Neulastenanteil.

Die sonstigen Rückstellungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um EUR 14,3 Mio erhöht. Es wurden EUR 6,7 Mio in Anspruch genommen, EUR 0,7 Mio aufgelöst und EUR 21,0 Mio zugeführt. Die Zuführung betrifft im Wesentlichen die Rückstellung für die Sanierung des Tagebaurestloches Großkayna in Höhe von EUR 9,9 Mio und die Rückstellung für Altersteilzeit in Höhe von EUR 9,0 Mio.

Die Verbindlichkeiten haben sich stichtagsbezogen um EUR 8,1 Mio verringert.

Finanzlage 2012

Die Ausgaben für den Sanierungsbergbau nach §§ 2, 3 und 4 VA IV beliefen sich auf EUR 184,9 Mio. Davon entfallen auf § 2 EUR 117,1 Mio, § 3 EUR 47,8 Mio und auf § 4 EUR 20,0 Mio. Die Ausgaben wurden durch Einnahmen, Zuwendungen bzw. vorhandene Liquidität vollständig gedeckt.

Auch im Nichtsanierungsbergbau waren die Ausgaben jederzeit durch Einnahmen, Zuwendungen bzw. vorhandene Liquidität gedeckt.

Die Finanzlage der LMBV ist durch einen Mittelabfluss im Rahmen der laufenden Geschäftstätigkeit (EUR 8,7 Mio) bei Mittelzuflüssen aus der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit (EUR 23,9 Mio) geprägt. Der Bestand an finanziellen Mitteln hat sich daraufhin insgesamt um EUR 15,2 Mio erhöht.

Ausblick

Die Entwicklung der Gesamtleistung in den Folgejahren wird im Wesentlichen durch Leistungen der LMBV als Projektträger für die Braunkohlesanierung, durch den Verkauf und die Vermietung/Verpachtung von Liegenschaften sowie durch die Wahrnehmung von Projektmanagementaufgaben bestimmt.

Langfristig wird auf Grund der für die Folgejahre erwarteten negativen Ergebnisentwicklungen das Eigenkapital abnehmen. Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist für die Abarbeitung aller anstehenden Aufgaben aus heutiger Sicht weiterhin als ausreichend einzuschätzen.

Die für die Finanzierung des Sanierungsprozesses erforderlichen Mittel sind auf der Basis des „Vierten ergänzenden Verwaltungsabkommens über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten“ (VA Altlastenfinanzierung) in der Fassung vom 10. Januar 1995 über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 2013 bis 2017 (VA V Braunkohlesanie-

zung) vom 9. Oktober 2012 gesichert. Für das Jahr 2013 liegen die erforderlichen Zuwendungsbescheide vor.

Die Finanzierung der Aktivitäten des Nichtsanierungsbergbaus im Jahr 2013 ist durch den erteilten Zuwendungsbescheid des Bundes gesichert.

Die Auswirkungen der eingerichteten Sperrbereiche auf die Verwertung von Liegenschaften führen zu einer deutlich rückläufigen Vermarktung. Der Umfang von Rückabwicklungen von erfolgten Liegenschaftsverkäufen ist gegenwärtig noch nicht im Einzelnen abschätzbar.

6 Risikomanagementsystem, bestehende Risiken und Internes Kontrollsystem

Für die LMBV sowie für die Tochtergesellschaft GVV ist ein Risikomanagementsystem eingerichtet. Es stellt sicher, dass in einem halbjährlichen Rhythmus die Risikosituation der jeweiligen Gesellschaft erfasst, analysiert und ggf. Handlungsbedarf bestimmt wird.

Die per 31. Dezember 2012 durchgeführten Analysen und Bewertungen führten insgesamt zu dem Ergebnis, dass in keiner der genannten Gesellschaften bestandsgefährdende Risiken zu verzeichnen sind.

In der LMBV bestehen per 31. Dezember 2012 insgesamt 49 Risiken. Den Risiken wurden vier Risikogruppen (bergbaulich/technische, planerische, wirtschaftliche und sonstige Risiken) zugeordnet.

Das in der LMBV bestehende Risiko „geotechnische Ereignisse an Kippenflächen“, das bereits seit der Berichterstattung 12/2010 als sehr schwerwiegend (Schadenshöhe > EUR 25 Mio) und mit einem möglichen Eintreten eingeschätzt wurde, bleibt weiterhin der Risikoklasse 1 zugeordnet. Die Bewertung der geotechnischen Sicherheit der Sperrbereiche ist erfolgt, die Kategorisierung liegt seit dem 1. April 2012 vor.

Das Risiko „Abstrom von bergbaulich beeinflussten Wässern in Oberflächen- und Grundwasser“ wurde auf Grund der aktuellen Einschätzung als schwerwiegend (Schadenshöhe > EUR 5 Mio) mit einem wahrscheinlichen Eintreten von der Risikoklasse 2 in die Risikoklasse 1 hochgestuft. Die Auswirkungen des Grundwasserwiederanstieges sowie die Bodenbeschaffenheit in der Lausitz und Starkniederschläge führten zu einem verstärkten Anstieg der Eisenbelastung in Fließgewässern. Bereits eingeleitete Maßnahmen sowie viele Unwägbarkeiten genehmigungsrechtlicher und planerischer Art, die mit erheblichen finanziellen

Aufwendungen und Risiken verbunden sein können, erfordern die Zuordnung zur Risikoklasse 1.

Damit sind per 31. Dezember 2012 in der LMBV nunmehr zwei Risiken der Risikoklasse 1 zugeordnet. Diese Risiken erfordern einen aktuellen Handlungsbedarf. Entsprechende Maßnahmen wurden eingeleitet.

Die LMBV hat die bestehenden Instrumente des internen Kontrollsystems sowie deren Zusammenwirken bei der Projektüberwachung analysiert und in einer Gesamtübersicht erfasst. Erforderliche Anpassungen werden bei Bedarf vorgenommen.

In der GVV gibt es per 31. Dezember 2012 keine gravierenden Änderungen gegenüber dem Vorjahr mit insgesamt 28 Risiken, die sich in fünf Risikoarten unterteilen. Es sind keine Risiken hinzugekommen und keine Risiken weggefallen. Im Zuge der Aktualisierung der Risikoanalyse wurden vereinzelt Ergänzungen und Präzisierungen der bestehenden Risiken vorgenommen.

7 Die Tochtergesellschaften der LMBV (100 % Beteiligungen)

Im Jahr 2012 wurde die Verschmelzung der LMBV international GmbH auf die LMBV mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2012 auf der Grundlage des Verschmelzungsvertrages vom 19. Juli 2012 und der Zustimmungsbeschlüsse vom 19. Juli 2012 und 6. August 2012 umgesetzt. Die Firma ist erloschen. Die entsprechende Eintragung im Handelsregister erfolgte am 31. August 2012.

GVV-Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH, Sondershausen

Die Geschäftstätigkeit der GVV konzentrierte sich in 2012 auf die Fortführung der Sanierungs- und Verwahrungsaufgaben insbesondere im Bergwerk Bischofferode und in den Nachsorgebetrieben Altenberg und Volkenroda sowie auf die Fortsetzung der Verwertung ihrer Liegenschaften.

Die GVV schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem Verlust in Höhe von TEUR 28 ab, der über dem Planansatz von TEUR 20 liegt.

Die Plan-Ist-Abweichungen bei den Erträgen und in den einzelnen Kostenpositionen resultieren im Wesentlichen aus den bereits im Jahr 2011 erbrachten Leistungen für das Rauben der

Schachteinbauten des Schachtes Bischofferode I und der zeitlichen Verschiebung von geplanten Schachtverwahrungsleistungen in Staßfurt. Das führte zu einer geringeren Inanspruchnahme der geplanten Zuschüsse. Darüber hinaus wurden zum 31. Dezember 2012 höhere Einnahmen aus dem Verkauf von Bergehalden, Schrott, Gegenständen des Anlagevermögens, Mieten und Pachten sowie aus der Erstattung von Beiträgen der Berufsgenossenschaft erzielt.

Im IV. Quartal 2012 wurde die vom BMF genehmigte Umgliederung von EUR 4,8 Mio Investitionsmitteln in Betriebsmittel und die Verwendung zusätzlicher Einnahmen planwirksam gemacht.

Die geplanten Zuwendungen des Bundes wurden in vollem Umfang in Anspruch genommen.

Der Personalbestand der GVV betrug zum 31. Dezember 2012 insgesamt 117 Mitarbeiter (ohne Auszubildende).

Ausblick

Im Verlauf des Jahres 2012 wurden in gemeinsamer Arbeitsgruppentätigkeit die Rahmenbedingungen einer Verschmelzung der GVV auf die LMBV herausgearbeitet. In der Aufsichtsratssitzung der LMBV am 16. November 2012 stimmte der Aufsichtsrat der LMBV der Vorbereitung der Verschmelzung der GVV auf die LMBV zu und beauftragt die Geschäftsführung der LMBV, zusammen mit der Geschäftsführung der GVV unter Berücksichtigung des Ergebnisberichtes zu den Rahmenbedingungen der Verschmelzung der GVV auf die LMBV die Verschmelzung mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2014 vorzubereiten.

Ein analoger Beschluss wurde durch den Aufsichtsrat der GVV ebenfalls auf seiner Sitzung im November gefasst.

Die Geschäftsführung möchte sich auf diesem Wege bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LMBV und bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Gesellschaft für die geleistete Arbeit in 2012 bedanken.

Senftenberg, den 18. April 2013

Prof. Dr.-Ing. Kuyumcu	Dr. Meyer
Vorsitzender der	Kaufmännischer
Geschäftsführung	Geschäftsführer

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-
Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Bilanz zum 31. Dezember 2012

A k t i v a

	31.12.2012		31.12.2011		Anhang
	EUR	EUR	EUR	EUR	
A. Anlagevermögen					(3.1)
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen		239.822,00		281.627,00	
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	20.748.404,81		21.299.952,65		
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	330.280,00		334.095,00		
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	35,00	21.078.719,81	67.615,50	21.701.663,15	
III. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen		0,51		76.694,29	
		21.318.542,32		22.059.984,44	
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					(3.2)
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	202.971,25		486.913,72		
2. Forderungen gegen den Gesellschafter	197.944.146,18		209.341.609,30		
3. Forderungen im Rahmen des Verwaltungsab- kommens-Braunkohlesanierung --davon gegen den Gesellschafter EUR 7.408.537,22 (i. Vj. EUR 9.379.517,81)--	7.600.300,44		9.477.941,42		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	17.906.497,92	223.653.915,79	30.071.172,20	249.377.636,64	
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		34.180.755,27		18.993.566,13	(3.3)
		257.834.671,06		268.371.202,77	
C. Rechnungsabgrenzungsposten		81.909,71		159.365,39	
		279.235.123,09		290.590.552,60	

Passiva

	31.12.2012		31.12.2011		Anhang
	EUR	EUR	EUR	EUR	
A. Eigenkapital					(3.4)
I. Gezeichnetes Kapital		25.564,59		25.564,59	
II. Kapitalrücklage		115.743.942,90		116.356.642,22	
III. Gewinnrücklagen					
1. Satzungsmäßige Rücklage	2.556,46		2.556,46		
2. Zweckgebundene Rücklage für Sozialplanverpflichtungen	27.500.000,00	27.502.556,46	27.500.000,00	27.502.556,46	
IV. Verlustvortrag (i.Vj. Gewinnvortrag)		4.346.592,35		11.237.724,37	
V. Jahresfehlbetrag		15.392.878,39		15.584.316,72	
		123.532.593,21		139.538.170,92	
B. Rückstellungen					(3.5)
1. Rückstellungen für Pensionen		2.804.135,89		2.795.602,22	
2. Steuerrückstellungen		619.782,86		208.545,32	
3. Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen --nach Berücksichtigung Finanzierungszusage von EUR 1.546.885.000,00 (i. Vj. EUR 1.422.710.987,00)--		61.233.000,00		63.124.427,00	(3.6)
4. Sonstige Rückstellungen		59.070.405,97		44.798.281,54	
		123.727.324,72		110.926.856,08	
C. Verbindlichkeiten					(3.7)
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		24.330.243,81		34.158.193,86	
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		0,00		388.212,40	
3. Verbindlichkeiten im Rahmen des Verwaltungsabkommens- Braunkohlesanierung		3.187.727,67		2.143.999,53	
4. Sonstige Verbindlichkeiten --davon aus Steuern EUR 467.509,93 (i. Vj. EUR 418.867,32)--		4.085.001,53		3.011.500,06	
		31.602.973,01		39.701.905,85	
D. Rechnungsabgrenzungsposten		372.232,15		423.619,75	
		279.235.123,09		290.590.552,60	

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau- Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

1.	Umsatzerlöse
2.	Erträge für Sanierungsleistungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens-Braunkohlesanierung
3.	Sonstige betriebliche Erträge
4.	Materialaufwand
a)	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen
5.	Personalaufwand
a)	Gehälter
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung
	--davon für Altersversorgung EUR 43.137,08 (i. Vj. EUR 117.569,81)--
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagever- mögens und Sachanlagen
7.	Aufwendungen für Sanierungsleistungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens-Braunkohlesanierung
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
	--davon an verbundene Unternehmen EUR 0,00 (i. Vj. EUR 2.851,60)--
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
12.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag
13.	Sonstige Steuern
14.	Jahresfehlbetrag

Gewinn- und Verlustrechnung

2012		2011		Anhang
EUR	EUR	EUR	EUR	
	30.016,48		24.791,04	(4.1)
	182.021.780,58		203.478.510,21	(4.2)
	27.959.832,13		31.466.481,00	(4.3)
337.884,86		346.146,63		
16.497.442,47	16.835.327,33	7.969.463,18	8.315.609,81	
38.189.948,67		35.620.905,36		
7.499.529,94	45.689.478,61	7.435.092,65	43.055.998,01	(4.4)
	862.428,88		996.408,57	(4.5)
	145.480.447,60		168.734.982,46	(4.6)
	19.548.354,62		33.732.405,97	(4.7)
	4.936.004,96		5.414.978,98	(4.8)
	1.906.411,12		1.291.839,20	(4.8)
	-15.374.814,01		-15.742.482,79	
	-54.038,61		-233.124,74	
	72.102,99		74.958,67	(4.9)
	15.392.878,39		15.584.316,72	

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau- Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Anhang für das Geschäftsjahr 2012

1 Allgemeine Angaben

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg (kurz „LMBV“), ist eine große Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 3 HGB.

Alleinige Gesellschafterin ist die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium der Finanzen (kurz „BMF“).

Im Jahr 2012 wurde die Verschmelzung der Tochtergesellschaft LMBV international GmbH, Senftenberg (kurz „LMBV international“), auf die LMBV mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2012 auf der Grundlage des Verschmelzungsvertrages vom 19. Juli 2012 und der Gesellschafterbeschlüsse vom 19. Juli 2012 und 6. August 2012 umgesetzt. Die Firma ist erloschen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 31. August 2012.

Mit Datum vom 20. Dezember 1995 hat die LMBV vom Bundesministerium der Finanzen eine Finanzierungszusage des Inhalts erhalten, dass die Bundesrepublik Deutschland die nicht durch Gewährung von Zuschüssen oder sonstigen Zahlungen Dritter abgedeckten notwendigen Ausgaben für die Erfüllung der bergrechtlichen Verwahrungs- und Sanierungspflichten gemäß Bundesberggesetz (BBergG) und anderer einschlägiger Bestimmungen trägt, soweit diese vor dem 1. Juli 1990 entstanden sind und die LMBV wegen § 58 Abs. 2 BBergG zur Durchführung von Maßnahmen verpflichtet ist.

Weitere Grundlagen für die Braunkohlesanierung sind das „Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten“ (VA-Altlastenfinanzierung) vom 1. Dezember 1992 unter Einbeziehung der „Bund-Länder-Vereinbarung zur Finanzierungsregelung der ökologischen Altlasten“ vom 22. Oktober 1992 sowie das „Erste Verwaltungsabkommen zur Änderung des Verwaltungsabkommens über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten“ vom 10. Januar 1995, das „Ergänzende Verwaltungsabkommen zum VA-Altlastenfinanzierung über die Finanzierung der Braunkohlesanierung in den Jahren 1998 bis 2002 (VA II-Braunkohlesanierung)“ vom 18. Juli 1997, das „Zweite ergänzende Verwaltungsabkommen zum Verwaltungsabkommen über die

Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA-Altlastenfinanzierung) in den Jahren 2003 bis 2007 (VA III-Braunkohlesanierung)“ vom 26. Juni 2002, das „Dritte ergänzende Verwaltungsabkommen zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA Altlastenfinanzierung) in den Jahren 2008 bis 2012 (VA IV-Braunkohlesanierung)“ vom 2. Juli 2007 und das „Vierte ergänzende Verwaltungsabkommen zum Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten (VA Altlastenfinanzierung) in den Jahren 2013 bis 2017 (VA V-Braunkohlesanierung)“ vom 9. Oktober 2012.

2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung des Jahresabschlusses entspricht den Vorschriften des § 266 HGB, § 275 Abs. 1, 2 HGB i. V. m. § 265 HGB (Gesamtkostenverfahren) sowie den ergänzenden Vorschriften des DMBilG. Bergbautypische Sachverhalte (Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen) werden gesondert ausgewiesen.

Zur Erhöhung der Klarheit und Übersichtlichkeit werden die sich aus den Sanierungsleistungen ergebenden Sachverhalte in der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert gezeigt. Dabei handelt es sich um die Posten Forderungen und Verbindlichkeiten im Rahmen des Verwaltungsabkommens – Braunkohlesanierung sowie Erträge und Aufwendungen für Sanierungsleistungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens - Braunkohlesanierung.

Der Jahresabschluss ist nach den handelsrechtlichen Vorschriften für Gesellschaften mit beschränkter Haftung aufgestellt. Die für den Jahresabschluss relevanten Vorschriften des DMBilG, der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und des § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) sind berücksichtigt. Das Finanzstatut der LMBV wurde beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze des Vorjahres wurden im Wesentlichen beibehalten. Anpassungen ergaben sich aus der Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2012 erfolgte die Verschmelzung der LMBV international auf die LMBV. Die Beteiligung an der LMBV international wird im Berichtsjahr als Abgang in Höhe von EUR 76.693,78 gezeigt. Die Verschmelzung der LMBV international auf die LMBV erfolgte gemäß § 24 UmwG zu Buchwerten. Zwischen den übernommenen Buchwerten (Reinvermögen der LMBV international per 31. Dezember 2011 in Höhe von EUR 417.091,54) und dem abgehenden Buchwert der untergehenden Anteile der LMBV an der LMBV international (EUR 76.693,78) ergibt sich ein Gewinn in Höhe von EUR 340.397,76, welcher ertragswirksam

Anhang

erfasst wurde. Auf Grund der geringen Beträge der übernommenen Schlussbilanz sind die Angaben des Geschäftsjahres mit den Angaben des Vorjahres vergleichbar.

2.1 Aktiva

2.1.1 Anlagevermögen

Die Darstellung der Entwicklung des Anlagevermögens erfolgt in dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagespiegel.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2012 erfolgte die Verschmelzung der LMBV international auf die LMBV durch Aufnahme nach § 2 Nr. 1 UmwG.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Sachanlagen sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten und Anschaffungspreisminderungen und abzüglich Abschreibungen sowie bei den Zugängen im Sanierungsbergbau abzüglich erhaltener Zuschüsse bzw. Zuwendungen bewertet. Die Herstellungskosten umfassen Einzelkosten und angemessene Teile der Gemeinkosten.

Auch im laufenden Geschäftsjahr wurde die Erfassung der Nutzungsartenänderung des Liegenschaftsvermögens unter Beachtung des zwischenzeitlichen Sanierungsfortschrittes fortgeführt und die Ergebnisse im Inventar umgesetzt. Soweit es im Ergebnis dieser Betrachtungen zu Korrekturen der Wertansätze kommt, werden außerplanmäßige Abschreibungen auf Grund dauernder Wertminderungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB und Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen. Auch in den Folgejahren sind durch die Sanierung und die damit einhergehende Umwidmung von betrieblichen Nutzungsarten weitere Veränderungen nicht auszuschließen.

Abnutzbare Sachanlagen werden planmäßig über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter mit einem Einzelanschaffungspreis über EUR 150,00 und bis zu EUR 1.000,00 werden im Jahr der Anschaffung sowie in den folgenden vier Wirtschaftsjahren linear mit 20 % p. a. abgeschrieben.

Unter **Finanzanlagen** ausgewiesene Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten abzüglich notwendiger Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung bilanziert.

2.1.2 Umlaufvermögen

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** werden mit dem Nennwert abzüglich angemessener Pauschalwertberichtigungen (1 %) für das allgemeine Kreditrisiko bewertet. Für zweifelhafte Forderungen werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegen(über) verbundene(n) Unternehmen werden jeweils saldiert ausgewiesen soweit es sich um hinsichtlich Art, Fristigkeit und Fälligkeit gleichartige Forderungen und Verbindlichkeiten handelt.

Forderungen gegen den Gesellschafter werden zum Nennwert bewertet.

Forderungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens-Braunkohlesanierung werden mit dem Nennwert bewertet.

Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert und bei entsprechender Langfristigkeit abgezinst sowie unter Abzug von Einzelwertberichtigungen bewertet.

Die **flüssigen Mittel** (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) sind zum Nennwert bewertet.

2.1.3 Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschluss-Stichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Die Bewertung erfolgte zum Nennwert.

2.2 Passiva

2.2.1 Eigenkapital

Das Eigenkapital ist zum Nominalwert angesetzt.

2.2.2 Rückstellungen

Die **Rückstellungen für Pensionen** werden auf der Grundlage von versicherungsmathematischen Berechnungen bewertet. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurde nach der sogenannten Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode) durchgeführt. Der Rückstellungsbetrag ist unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich der zukünftigen Anwartschafts- bzw. Rentenentwicklung sowie evtl. Fluktuationswahrscheinlichkeiten zu ermitteln. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die ‚Richttafeln 2005 G‘ von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Die Rückstellungen für Pensionen werden mit den Forderungen aus Rückdeckungsversicherungen in Höhe von TEUR 596 saldiert ausgewiesen. Folgende weitere Annahmen liegen der Bewertung folgender Gutachten zu Grunde:

	Rechnungszinssatz p. a.	Rententrend p. a.
	%	%
Einzelzusagen LMBV	5,04	2,00 / 2,25
BMGB-Einzelzusagen	5,04	2,00 / 3,00
BMGB-Versorgungsordnung	5,04	---

Die Ermittlung der **Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen** erfolgt unter Berücksichtigung der Finanzierungszusage des BMF nach ihrer zeitlichen Verursachung sowie nach räumlich getrennten Bereichen (Territorialprinzip). Auf der Grundlage der vorgenannten Bewertungsfaktoren sowie unter Berücksichtigung der bis zum 31. Dezember 2012 erbrachten Sanierungsleistungen erfolgte die Bewertung der ausstehenden bergbaulichen und ökologischen Verpflichtungen. Die Ermittlung der Verpflichtungen basiert wie in den Vorjahren auf gutachterlichen Stellungnahmen, Standsicherheitsgutachten sowie veränderten Verfahrensweisen und Technologien.

Die Verpflichtungen resultieren aus bergrechtlichen Sicherungs- und Sanierungsverpflichtungen gemäß Bundesberggesetz und anderen einschlägigen Bestimmungen, wie z. B. den Abfallgesetzen der Länder, sowie aus öffentlich-rechtlichen Verwaltungsakten.

Die sich aus diesen Rechtsgrundlagen ergebenden Risiken aus bergbaulichen und ökologischen Verpflichtungen sind grundsätzlich als Rückstellungen zu passivieren. Dabei werden die Verpflichtungen in vor dem 1. Juli 1990 entstandene (Altlasten) und solche, die sich aus der Tätigkeit nach dem 1. Juli 1990 ergeben haben (Neulasten), unterteilt. Bei den Verpflichtungen aus Altlasten, die durch eine Finanzierungszusage des Bundes gemäß Schreiben vom 20. Dezember 1995 abgedeckt sind, wird der Anspruch der Gesellschaft aus der Finanzierungszusage von der Gesamtrückstellung offen abgesetzt. Nur die Neulasten werden letztendlich als Rückstellungen ausgewiesen.

Die Bewertungen der Rückstellungen beinhalten künftige Preissteigerungen in Höhe von 2,5 % p. a. Dabei wurden sowohl Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden 2012 zu:

- Preisindizes für die Bauwirtschaft
- Preisen der Energieentwicklung
- Verbraucherpreisindex
- Arbeitskostenindex

als auch zu erwartende Ausschreibungsergebnisse und technologische Fortschritte berücksichtigt. Die Abzinsungssätze der Deutschen Bundesbank wurden entsprechend § 253 Abs. 2 HGB angesetzt. Die Laufzeiten der Rückstellungen erstrecken sich bis in das Jahr 2050.

Nach der Anpassung der Nominalverpflichtung aus der technischen Planung an die Vorschriften des HGB n.F. unter Ausübung des Beibehaltungswahlrechtes des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ergaben sich Auswirkungen auf die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen für Altlasten (Erhöhung TEUR 13.366) und auf die Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen Neulasten (Erhöhung TEUR 620). Die im Rahmen des Beibehaltungswahlrechts fortgeführten Unterschiedsbeträge betragen zum Bilanzstichtag für Altlasten TEUR 106.635 und für Neulasten TEUR 4.616.

Die projektkonkrete Planung der bergbaulichen Verpflichtungen berücksichtigt alle derzeit bekannten, noch zu erbringenden Leistungen und die damit verbundenen Kosten für einen Planungshorizont bis zum Jahr 2050. Sofern über diesen Planungshorizont hinaus Aufgaben oder Leistungen zu erbringen sind, werden diese neuen Erkenntnisse fortlaufend in die jeweilige Planung und Bewertung der LMBV einbezogen. Ausgehend davon, dass diese Verpflichtungen derzeit sowohl rechtlich als auch materiell noch nicht abschließend beurteilt werden können, sind durch den Erkenntnisfortschritt in Folgejahren weitere Änderungen nicht auszuschließen.

Die Bildung der **Steuerrückstellungen** und der **sonstigen Rückstellungen** erfolgt nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung, so dass sie den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten ausreichend Rechnung tragen.

Die **Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen** wurden zum 31. Dezember 2012 durch ein versicherungsmathematisches Gutachten bewertet. Die Bewertung erfolgte nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme vom 18. November 1998, den versicherungsmathematischen Berechnungen liegen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zu Grunde. In der Handelsbilanz wurden der Rechnungszins für die Altersteilzeitverpflichtungen mit 3,79 % sowie ein Gehaltstrend von 2,90 % angesetzt.

Im Berichtsjahr wurde auf Grundlage des gültigen Tarifvertrages erstmalig eine Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen für potenzielle Fälle des Jahrganges 1958 nach dem Blockmodell gebildet. Auf Grund der derzeitigen Finanz- und Personalplanung hat die Geschäftsführung der LMBV ihr Auswahlrecht dahingehend ausgeübt, dass sie derzeit nur für Jahrgänge bis 1958 entsprechend den betrieblichen Belangen eine Altersteilzeitvereinbarung abschließt. Folglich finden zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 lediglich die Fälle mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zum Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung Eingang in die Berechnung. Die Diskontierung erfolgte unter Anwendung der Abzinsungssätze der Deutschen Bundesbank der jeweils ermittelten Aufstockungsbeträge (Abfindungscharakter) sowie einer jährlichen Gehaltsanpassungsrate. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann eine verlässliche personalpolitische Aussage zur Inanspruchnahme von Altersteilzeitlaufzeiten nur für den Jahrgang 1958 vorgenommen werden, da die Entscheidungen zur Inanspruchnahme von Altersteilzeit im Unternehmen zeitnah erfolgen. Arbeitnehmer, Jahrgang 1958, die 2013 mit der Arbeitsphase der Altersteilzeit beginnen, treten bei einer prinzipiellen Laufzeit von acht Jahren, im Jahr 2017 in die Ruhephase ein. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Planungssicherheit für Zeiträume darüber hinaus noch nicht hinreichend gewährleistet. Bei den getroffenen Altersteilzeit-Entscheidungen für die Zukunft ist die leicht rückläufige Personalentwicklung im Unternehmen zu beachten. Derzeit werden mit den Bereichen, auch unter diesem Aspekt, Gespräche zum Stellenplan 2014 geführt.

Die **Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen** wurden zum 31. Dezember 2012 durch ein versicherungsmathematisches Gutachten nach der so genannten Projected-Unit-Credit-Methode (PUC-Methode) bewertet. Den versicherungsmathematischen Berechnungen liegen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zu Grunde. In der Handelsbilanz wurden der Rechnungszins mit 4,35 % sowie ein Gehaltstrend von 2,90 % angesetzt.

Die **Rückstellung für Archivierungskosten** wird entsprechend den Anforderungen aus § 257 HGB, § 147 AO und § 70 BbergG für einen durchschnittlichen Aufbewahrungszeitraum von elf Jahren gebildet. Die Bewertung der Rückstellungen beinhaltet künftige Preissteigerungen in Höhe von 2,0 % p. a. und berücksichtigt die Abzinsungssätze der Deutschen Bundesbank gemäß § 253 Abs. 2 HGB.

Die verbleibenden sonstigen Rückstellungen sind kurzfristige Rückstellungen.

2.2.3 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag bewertet.

2.2.4 Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen vor dem Abschluss-Stichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

2.3 Berichtigung von Wertansätzen nach § 36 DMBilG

Durch ergangene Vermögenszuordnungsbescheide hat sich das Sachanlagevermögen um TEUR 30 verringert.

Die Rückstellungen für Restitutionsansprüche erhöhten sich um TEUR 583.

Diese Berichtigungen führten zu einer Verringerung der Kapitalrücklage um TEUR 613.

3 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2012

3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlage-
spiegel zu entnehmen.

Die Sachanlagenzugänge aus der Verschmelzung der LMBV international auf die LMBV wurden durch Anpassung der Vortragswerte zu den historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten in Höhe von TEUR 3 sowie zu den kumulierten Abschreibungen in Höhe von TEUR 2 in der Entwicklung des Anlagevermögens dargestellt.

Aufwendungen der Gesellschaft im Rahmen der Entwicklung ausgewählter Standorte sind als nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten (im Geschäftsjahr 2012 TEUR 2) aktiviert.

In Folge der Aktualisierung der Buchwerte im Sachanlagevermögen wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 647 vorgenommen. Diese betreffen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die im Folgejahr zu entsprechend geringeren Werten veräußert werden (TEUR 83), aus der im Geschäftsjahr 2012 erfolgten Überprüfung und daraus resultierenden Neubewertung der Nutzungsarten (TEUR 564).

Anhang

Im Anlagevermögen sind Zuschreibungen von insgesamt TEUR 192 berücksichtigt, die wegen Wegfall von Gründen für in Vorjahren vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen waren. Zudem wurden im Zusammenhang mit der Rückübertragung von restitutionsbehafteten Grundstücken auf Grund von Vermögenszuordnungsbescheiden in Höhe von TEUR 30 die im Zeitraum 1. Juli 1990 bis zum Zeitpunkt der Rückübertragung vorgenommenen Abschreibungen in Höhe von TEUR 29 auf Grund und Boden sowie Bauten wieder zugeschrieben.

3.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	Gesamtbetrag 31.12.2012	davon mit einer Restlaufzeit von über einem	
		bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren
	TEUR	TEUR	TEUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (31. Dezember 2011)	203 (487)	0 (0)	0 (0)
Forderungen gegen den Gesellschafter (31. Dezember 2011)	197.944 (209.342)	0 (0)	0 (0)
Forderungen im Rahmen des Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung (31. Dezember 2011)	7.600 (9.478)	0 (0)	0 (0)
Sonstige Vermögensgegenstände (31. Dezember 2011)	17.907 (30.071)	167 (173)	16 (32)
	223.654	167	16
(31. Dezember 2011)	(249.378)	(173)	(32)

Die Forderungen gegen den Gesellschafter (TEUR 197.944) betreffen im Wesentlichen Ansprüche aus der Erstattungsforderung im Zusammenhang mit der Darlehensgewährung der LMBV an den Bund (BMF) (TEUR 196.311) und Zinsen auf die Erstattungsforderung (TEUR 127).

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen in Höhe von TEUR 9.897 Forderungen gegen das Finanzamt sowie in Höhe von TEUR 5.667 Forderungen aus der Abrechnung von in 2012 erbrachten Sanierungsleistungen, die durch die noch nicht abgeschlossene Bewertung der erbrachten Leistungen erst im Folgejahr in der Maßnahmenabrechnung berücksichtigt werden.

Die Forderungen aus Rückdeckungsversicherungen wurden auf Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen des Versicherers bewertet und in Höhe von TEUR 596 mit den Rückstellungen für Pensionen saldiert ausgewiesen. Es wird davon ausgegangen, dass der beizulegende Zeitwert den Anschaffungskosten der Rückdeckungsversicherung entspricht. Die verrechneten Aufwendungen und Erträge nach § 285 Nr. 25 HGB betragen TEUR 30.

3.3 Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
Kassenbestand	3	6
Guthaben bei Kreditinstituten und bei der Finanzagentur des Bundes	34.178	18.988
	34.181	18.994

3.4 Eigenkapital

	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
Gezeichnetes Kapital	26	26
Kapitalrücklage	115.744	116.357
Gewinnrücklagen		
1. satzungsmäßige Rücklage	2	2
2. zweckgebundene Rücklage für Sozialplanverpflichtungen	27.500	27.500
Verlustvortrag (i. Vj. Gewinnvortrag)	4.347	11.237
Jahresfehlbetrag	15.393	15.584
Eigenkapital	123.532	139.538

Die Veränderung der Kapitalrücklage in Höhe von TEUR 613 resultiert aus Berichtigungen nach § 36 DMBilG.

3.5 Rückstellungen für Pensionen, Steuerrückstellungen und sonstige Rückstellungen

	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
Rückstellungen für Pensionen	2.804	2.796
Steuerrückstellungen	620	209
Sonstige Rückstellungen	59.070	44.798
	62.494	47.803

Die Rückstellungen für Pensionen wurden mit den Forderungen aus Rückdeckungsversicherungen in Höhe von TEUR 596 saldiert ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Altersteilzeit (TEUR 33.657), Sanierungsrahmenkonzept Großkayna (TEUR 11.837), die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (TEUR 3.051), Restitutionsansprüche (TEUR 3.009), Risiken aus der Sanierungstätigkeit (TEUR 1.660), Altvorgang Abwasserabgabe (TEUR 1.620) sowie Rechtstreitigkeiten und Schadenersatzverpflichtungen (TEUR 654).

3.6 Rückstellungen für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen

Im Hinblick auf die Finanzierungszusage des Bundes werden nur die Verpflichtungen in der Bilanz gezeigt, die durch den Bergwerksbetrieb nach dem 1. Juli 1990 verursacht sind. Die Verpflichtungen, die durch den Bergwerksbetrieb vor dem 1. Juli 1990 verursacht sind, werden wegen der erteilten Finanzierungszusage in der Bilanz nur nachrichtlich ausgewiesen. Da die Finanzierungszusage aber nicht als Freistellung von der bergrechtlichen Verantwortung zu verstehen ist, bestehen die Verpflichtungen der LMBV dem Grunde nach fort. Deshalb werden, soweit hinreichend konkretisierbar, die gesamten bergbaulichen und ökologischen Verpflichtungen aus Alt- und Neulasten wie folgt angegeben:

	Altlasten 31.12.2012	Neulasten 31.12.2012	Summe 31.12.2012	Berücksichtigung Finanzierungszusage 31.12.2012	Bilanzwert	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2012	31.12.2011
Sanierung Tagebaurestlöcher	1.169.157	46.696	1.215.853	1.169.157	46.696	48.810
Sanierung von Veredlungsanlagen	166.753	9.594	176.347	166.753	9.594	10.252
Verwahrung von unterirdischen Hohlräumen außerhalb von Tagebauen und Veredlungsanlagen	21.867	0	21.867	21.867	0	0
Bergschäden	21.370	0	21.370	21.370	0	0
Zentrale Maßnahmen und Forschung	12.378	0	12.378	12.378	0	0
Übergreifende Maßnahmen zur Sanierung des Wasserhaushaltes	202.762	6.690	209.452	202.762	6.690	6.430
	1.594.287	62.980	1.657.267	1.594.287	62.980	65.492
Anpassung der Nominalverpflichtung aus der technischen Planung an die Vorschriften des HGB n.F. unter Ausübung des Beibehaltungswahlrechtes des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB	-47.402	-1.747	-49.149	-47.402	-1.747	-2.367
Summe	1.546.885	61.233	1.608.118	1.546.885	61.233	63.125

3.7 Verbindlichkeiten

	davon mit einer Restlaufzeit		
	Gesamtbetrag 31.12.2012	von bis zu einem Jahr	von einem bis fünf Jahren
	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (31. Dezember 2011)	24.330 (34.158)	23.855 (34.013)	475 (145)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (31. Dezember 2011)	0 (388)	0 (388)	0 (0)
Verbindlichkeiten im Rahmen des Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung (31. Dezember 2011)	3.188 (2.144)	3.188 (2.144)	0 (0)
Sonstige Verbindlichkeiten (31. Dezember 2011)	4.085 (3.012)	4.085 (3.012)	0 (0)
	31.603	31.128	475
(31. Dezember 2011)	(39.702)	(39.557)	(145)

Alle Verbindlichkeiten sind unbesichert.

4 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

4.1 Umsatzerlöse

	2012	2011
	TEUR	TEUR
Nebenprodukte (im Wesentlichen Kiese)	30	25

4.2 Erträge für Sanierungsleistungen im Rahmen des VA-Braunkohlesanierung

In dieser Position sind Erträge aus Zuwendungen für Sanierungsleistungen nach § 2 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 96.194, Erträge aus Zuwendungen für Sanierungsleistun-

gen nach § 3 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 48.383, Erträge aus Zuschüssen und Zuwendungen für Sanierungsleistungen nach § 4 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 20.857 sowie Erträge aus Zuschüssen für das Sonderprojekt Nachterstedt von TEUR 16.588 enthalten.

4.3 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten:

	2012	2011
	TEUR	TEUR
Periodenbezogene Erträge		
Erträge aus zweckgebundenen Zuschüssen	9.498	634
Neutrale Erträge Sanierung	5.667	15.992
Gegenposten für die Inanspruchnahme von Rückstellungen	5.405	6.614
Erträge aus der Werterhöhung des Anlagevermögens	602	491
Erträge aus Vermietung und Verpachtung	322	508
Erträge aus Weiterberechnungen	184	203
Übrige	1.015	867
	22.693	25.309
Periodenfremde Erträge		
Auflösung von Rückstellungen	4.534	3.932
Buchgewinne aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	532	1.421
Erträge aus Entschädigungen und Mehrerlösklauseln	107	407
Auflösung der Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	9	268
Übrige	85	129
	5.267	6.157
	27.960	31.466

Die Erträge aus zweckgebundenen Zuschüssen beinhalten in Höhe von TEUR 9.433 Zuschüsse für das Sonderprojekt Großkayna aus einer vertraglich vereinbarten Schlussrate für die Wiedernutzbarmachung des Tagebaurestloches Großkayna.

Die Auflösung von Rückstellungen beinhaltet im Wesentlichen die Auflösung der Rückstellung für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen (TEUR 3.880), für Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzverpflichtungen (TEUR 286) sowie Rückstellungen für Restitutionsansprüche - Erlösauskehr (TEUR 294).

4.4 Personalaufwand

	2012	2011
	TEUR	TEUR
Gehälter		
Gehälter	30.291	28.816
Sonstiger Personalaufwand	7.899	6.805
	38.190	35.621
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
Soziale Abgaben	7.456	7.317
Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	43	118
	7.499	7.435
	45.689	43.056

4.5 Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres auf das Anlagevermögen betreffen planmäßige (TEUR 215) und außerplanmäßige (TEUR 647) Abschreibungen.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen betreffen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die im Folgejahr zu entsprechend geringeren Marktwerten veräußert werden (TEUR 83), Abbau- und Halde incl. Sanierung (TEUR 57), Wasserflächen (TEUR 18), Forstwirtschaftliche Flächen (TEUR 245), Landwirtschaftliche Flächen (TEUR 17), Sonstige Flächen ohne wirtschaftliche Nutzung (TEUR 213) sowie Verkehrsflächen (TEUR 14).

4.6 Aufwendungen für Sanierungsleistungen im Rahmen des VA-Braunkohlesanierung

Hierin sind Aufwendungen für Sanierungsleistungen des § 2 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 78.198, nach § 3 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 34.943 und nach § 4 Verwaltungsabkommen in Höhe von TEUR 17.812 sowie Aufwendungen für das Sonderprojekt Nachterstedt in Höhe von TEUR 14.528 enthalten.

4.7 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten:

	2012	2011
	TEUR	TEUR
Periodenbezogene Aufwendungen		
Verwaltungsaufwendungen	3.180	3.589
Vertriebsaufwendungen	207	219
Übrige Betriebsaufwendungen	14.401	28.469
	17.788	32.277
Periodenfremde Aufwendungen		
Buchverluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	367	65
Übrige	1.393	1.390
	1.760	1.455
	19.548	33.732

Die übrigen Betriebsaufwendungen beinhalten im Wesentlichen Zuführungen zur Rückstellung für bergbauliche und ökologische Verpflichtungen (TEUR 6.933) sowie Neutrale Aufwendungen Sanierung (TEUR 5.667).

4.8 Erläuterung der Erträge und Aufwendungen gemäß § 277 Abs. 5 HGB

Im Geschäftsjahr 2012 wurden nach den Vorschriften des § 277 Abs. 5 HGB Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 1.836 ermittelt. Diese Zinsaufwendungen setzen sich aus der Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit (TEUR 1.678), der Rückstellungen für Pensionen (TEUR 151) und den Rückstellungen für Jubiläen (TEUR 7) zusammen.

4.9 Sonstige Steuern

In den sonstigen Steuern sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 307 enthalten. Sie betreffen im Wesentlichen die Rückerstattung von in Vorjahren gezahlter Grundsteuer.

5 Sonstige Angaben

5.1 Aufstellung des Anteilsbesitzes

Gesellschaft	Sitz	Eigenkapital		Anteil der LMBV am Stammkapital		Jahresergebnis
		TEUR	TEUR	TEUR	%	TEUR
Anteile an verbundenen Unternehmen						
GVV - Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH (GVV)	Sondershausen	8.360 (31.12.2012)	26	100		-28 (31.12.2012)

Im Berichtsjahr erfolgte die Verschmelzung der Tochtergesellschaft LMBV international auf die LMBV mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2012 auf der Grundlage des Verschmelzungsvertrages vom 19. Juli 2012.

5.2 Sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB

	2013	länger als ein Jahr
	TEUR	TEUR
Bestellobligo Sanierungsbergbau	69.239	18.557
Bestellobligo Nichtsanierungsbergbau	2.266	1.036
Miet-, Leasing- und Datenverarbeitungsverträge	4.143	839
	75.648	20.432

Die Gesellschaft unterliegt der gesamtschuldnerischen Haftung für Altverbindlichkeiten gemäß § 12 Gesetz über die Spaltung der von der Treuhandanstalt verwalteten Unternehmen auf Grund der Verschmelzung mit den aus den Aufspaltungen entstandenen Gesellschaften Lausitzer Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Brieske (kurz „LBV“) und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Bitterfeld (kurz „MBV“). Aus der Spaltung der Gesellschaften MIBRAG und LAUBAG besteht für die LMBV als Rechtsnachfolgerin von LBV und MBV ein latentes Restrisiko, welches derzeit in seiner Höhe nicht quantifizierbar ist.

Die GVV - Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben hat zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gemäß § 58 Abs. 2 BBergG für die nicht durch die Gewährung von Zuschüssen Dritter abgedeckten notwendigen Ausgaben eine Finanzierungszusage von der Treuhandanstalt erhalten. Diese Verpflichtungen sind gemäß § 23a Abs. 3 Satz 1 Treuhandgesetz zum 31. Dezember 1994 auf die Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin mbH, Berlin (kurz „BMGB“), übergegangen. Durch die Verschmelzung der BMGB auf die

LMBV zum 1. Januar 2000 ist diese Verpflichtung auf die LMBV übergegangen. Gemäß § 3 Abs. 1 Treuhandübertragungsgesetz haftet für diese Verpflichtung im Innenverhältnis allein der Bund.

5.3 Aufgliederung der Arbeitnehmerzahl

In der Gesellschaft waren in 2012 ohne Geschäftsführung durchschnittlich beschäftigt:

	Anzahl 2012	Anzahl 2011
Frauen	369	351
Männer	354	341
	723	692

In den vorgenannten Arbeitnehmerzahlen sind 57 Auszubildende (im Vorjahr 61) enthalten, davon 18 Frauen (im Vorjahr 18).

5.4 Konzernzugehörigkeit

Das Tochterunternehmen GVV ist von untergeordneter Bedeutung und wird in Anwendung des § 296 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss der LMBV einbezogen.

Als Folge daraus entfällt für die LMBV die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2012.

5.5 Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 213. Das Gesamthonorar beinhaltet Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von TEUR 141, andere Bestätigungsleistungen in Höhe von TEUR 7 sowie Steuerberatungsleistungen in Höhe von TEUR 65.

5.6 Entsprechenserklärung Public Corporate Governance Kodex

Der Bericht zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes wurde erstellt. Die Entsprechenserklärung wurde von der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat abgegeben. Eine Veröffentlichung des Berichts zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes ist vorgesehen.

5.7 Erklärung nach §§ 285 Nr. 21 HGB

Die durch das Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG) eingeführten Regelungen gemäß §§ 285 Nr. 21 HGB hinsichtlich der Angaben über Geschäfte der Gesellschaft mit nahe stehenden Personen und Unternehmen wurden beachtet. Dabei haben wir festgestellt, dass keine wesentlichen Geschäfte im oben genannten Sinne durch die LMBV oder deren Tochterunternehmen getätigt wurden.

5.8 Erklärung nach §§ 285 Nr. 29 HGB Angaben zu latenten Steuern

Zum 31. Dezember 2012 bestehen **aktive latente Steuern**. Diese resultieren im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden bei folgenden Bilanzpositionen: Rückstellung für Sanierungskonzept Großkayna, Rückstellung für Altersteilzeit sowie Sonstige Rückstellungen. Passive latente Steuern liegen im Prüfungszeitraum nicht vor. Der Steuersatz für die Berechnung der latenten Steuern beträgt 29,77 % (Vorjahr: 29,77 %). Es verbleibt ein Aktivüberhang latenter Steuern. Unter Verzicht des Ansatzwahlrechts für aktive latente Steuern gem. § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurden die latenten Steuern nicht aktiviert.

5.9 Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Dr. Bernd Hartmann ¹ , Bonn	Ministerialrat im Bundes- ministerium für Finanzen	- Vorsitzender -
Hartmut Löschner ¹ , Langenhagen	Berater der Industrie- gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie	- Stellvertretender Vorsitzender -
Elisabeth Wessel ¹ , Berlin	Ministerialrätin im Bundes- ministerium für Umwelt, Natur- schutz und Reaktorsicherheit	
Dr. Bernard Veltrup ¹ , Berlin	Ministerialrat a. D. (bis 31. Dezember 2012)	
Gerhard Nies ¹ , Meuro	ehemaliges Mitglied der Geschäftsführung TAKRAF GmbH	
Christoph J. Queling ¹ , Kaiserslautern	actis AG Wirtschaftsprüfungs- gesellschaft	
Olaf Gunder ² , Großräschen	Gesamtbetriebsratsvorsitzender der LMBV und Vorsitzender des Betriebsrates Lausitz	
Dietmar Stein ² , Borna	Stellvertretender Gesamt- betriebsratsvorsitzender der LMBV und Vorsitzender des Betriebsrates Mitteldeutschland	
Ralf Hermwapelhorst ² , Spremberg OT Schwarze Pumpe	Bezirksleiter IG BCE Bezirk Cottbus	

¹ Anteilseignervertreter

² Arbeitnehmervertreter

Anhang

Geschäftsführung

Prof. Dr.-Ing. Mahmut Kuyumcu, Berlin - Vorsitzender der Geschäftsführung -
Dr. oec. Hans-Dieter Meyer, Lauchhammer - Kaufmännischer Geschäftsführer -

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen im Geschäftsjahr TEUR 544, davon:

	TEUR
Prof. Dr.-Ing. Mahmut Kuyumcu	329
Dr. oec. Hans-Dieter Meyer	215

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrates beliefen sich auf TEUR 42, davon:

	TEUR
Dr. Bernd Hartmann	8
Hartmut Löschner	6
Elisabeth Wessel	4
Dr. Bernard Veltrup	4
Gerhard Nies	4
Christoph J. Queling	4
Olaf Gunder	4
Dietmar Stein	4
Ralf Hermwapelhorst	4

Die Gesamtbezüge für ehemalige Geschäftsführer betragen im Geschäftsjahr TEUR 104.

Die für Pensionen an derzeitige und ehemalige Geschäftsführer gebildete Rückstellung belief sich zum 31. Dezember 2012 auf TEUR 2.531.

Senftenberg, den 18. April 2013

Prof. Dr. Kuyumcu	Dr. Meyer
Vorsitzender der	Kaufmännischer
Geschäftsführung	Geschäftsführer

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-
Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2012

	Anschaffungs- und Herstellungskosten							
	Vortrag	Berichti- gungen nach	Berichtigter Vortrag	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Stand	Vortrag
	1.1.2012	§ 36 DMBilG	1.1.2012				31.12.2012	1.1.2012
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen	3.579.305,78	0,00	3.579.305,78	85.812,62	0,00	2.919,24	3.662.199,16	3.297.678,78
II. Sachanlagen								
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	134.004.490,64	-29.942,76	133.974.547,88	590.956,98	67.603,00	4.846.362,37	129.786.745,49	112.704.537,99
2. Technische Anlagen und Maschinen	14.093.032,82	0,00	14.093.032,82	22,50	10,00	0,50	14.093.064,82	14.093.032,82
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.488.190,15	0,00	1.488.190,15	78.214,17	0,00	16.263,31	1.550.141,01	1.153.459,15
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	67.615,50	0,00	67.615,50	34,00	-67.613,00	1,50	35,00	0,00
	149.653.329,11	-29.942,76	149.623.386,35	669.227,65	0,00	4.862.627,68	145.429.986,32	127.951.029,96
III. Finanzanlagen								
Anteile an verbundenen Unternehmen	144.070,79	0,00	144.070,79	0,00	0,00	144.070,28	0,51	67.376,50
	153.376.705,68	-29.942,76	153.346.762,92	755.040,27	0,00	5.009.617,20	149.092.185,99	131.316.085,24

Entwicklung des Anlagevermögens

Kumulierte Abschreibungen			Buchwert		
Abschreibungen			Stand		
des					
Geschäftsjahres	Abgänge	Zuschreibungen	31.12.2012	31.12.2012	31.12.2011
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
127.617,62	2.919,24	0,00	3.422.377,16	239.822,00	281.627,00
652.113,59	4.126.345,91	191.964,99	109.038.340,68	20.748.404,81	21.299.952,65
32,50	0,50	0,00	14.093.064,82	0,00	0,00
82.665,17	16.263,31	0,00	1.219.861,01	330.280,00	334.095,00
0,00	0,00	0,00	0,00	35,00	67.615,50
734.811,26	4.142.609,72	191.964,99	124.351.266,51	21.078.719,81	21.701.663,15
0,00	67.376,50	0,00	0,00	0,51	76.694,29
862.428,88	4.212.905,46	191.964,99	127.773.643,67	21.318.542,32	22.059.984,44

Anlage zum Anhang

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Senftenberg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführung der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Dresden, den 18. April 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Möller
Wirtschaftsprüfer

Seifert
Wirtschaftsprüfer

Corporate Governance Bericht

Das Bundeskabinett hat am 01. Juli 2009 die "Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung" im Bereich des Bundes verabschiedet. Die Grundsätze, bestehend aus Teil A: Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK), Teil B: Hinweise für gute Beteiligungsführung bei Bundesunternehmen, Teil C: Berufungsrichtlinien, lösen die bisherigen "Hinweise für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen" sowie die unter ehemals Anlage 2 der "Hinweise" geführten "Berufungsrichtlinien" ab.

Der PCGK richtet sich u.a. an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts, sofern der Bund mehrheitlich an ihnen beteiligt ist. Ziel des PCGK ist u.a., die Unternehmen und deren Überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen und die Rolle des Bundes als Anteilseigner klarer zu fassen.

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), Senftenberg, ist ein 100 %iges Tochterunternehmen des Bundes. Mit Gesellschafterbeschluss vom 29. Dezember 2009 hat die Gesellschafterin der LMBV die Geschäftsleitung und das Überwachungsorgan der LMBV verpflichtet, die Bestimmungen des PCGK in der jeweils gültigen Fassung mit Zugang des Beschlusses zu beachten und diese auch in den Tochtergesellschaften der LMBV zur Anwendung zu bringen.

Die LMBV kommt mit dem vorliegenden Bericht den Anforderungen für das Jahr 2012 im Wesentlichen nach.

Die im PCGK enthaltenen Anforderungen und Empfehlungen waren zum überwiegenden Teil bereits in der Vergangenheit als verbindliche Anforderungen im Rahmen der Beteiligungsführung des Bundes an die Gesellschaft gerichtet. Insoweit hat die LMBV ihnen auch schon vor der Verpflichtung zur Beachtung des PCGK entsprochen. Im Übrigen können sich jedoch Abweichungen ergeben, da u.a. Zuständigkeiten durch den Gesellschafter anders geregelt sind.

Darstellung des Frauenanteils im Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der LMBV setzt sich nach Drittelbeteiligungsgesetz aus neun Personen zusammen, darunter ist eine Frau.

Entsprechenserklärung

Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der LMBV haben sich mit den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 befasst und geben eine Entsprechenserklärung gemäß **Anlage 1** ab.

Bonn, den 5.2.2013

Senftenberg, den 31. JAN. 2013

für den Aufsichtsrat

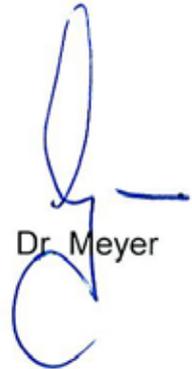
für die Geschäftsführung



Dr. Hartmann



Prof. Dr.-Ing Kuyumcu



Dr. Meyer

**Entsprechenserklärung gemäß Ziffer 6.1
des Public Corporate Governance Kodex des Bundes**

Die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), Senftenberg, und der Aufsichtsrat der LMBV wurden mit Gesellschafterbeschluss vom 29. Dezember 2009 zur Beachtung der Bestimmungen des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) ab Zugang des Gesellschafterbeschlusses verpflichtet. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der LMBV haben sich mit den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 befasst und geben nach pflichtgemäßer Prüfung die folgende Entsprechenserklärung ab:

Die LMBV entspricht den Anforderungen und Empfehlungen des PCGK. Abweichungen resultieren aus der Tatsache, dass Zuständigkeiten durch den Gesellschafter bzw. in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates anders geregelt sind.

Vor diesem Hintergrund sind folgende Abweichungen von den Empfehlungen des PCGK zu verzeichnen:

Ziffer 4.3.1 und 4.3.3

Die Vergütung der Geschäftsführung wird durch den Gesellschafter festgelegt.

Ziffer 5.1.1 Gemäß § 3 Abs. 1 GeschO-AR sollen die Sitzungen einmal im Kalendervierteljahr mindestens aber einmal im Kalenderhalbjahr einberufen werden. Diese Bestimmung wird eingehalten, indem der Aufsichtsrat dreimal im Kalenderjahr tagt. Darüber hinaus erfolgen schriftliche Zwischeninformationen an den Aufsichtsrat im Falle besonderer Ereignisse. Beginnend ab 2013 wird zudem im Februar eines Kalenderjahres ein regelmäßiger schriftlicher Zwischenbericht an den Aufsichtsrat übergeben.

Ziffer 5.1.2 Der Gesellschafter der LMBV hat die Bestellung des Vorsitzenden der Geschäftsführung einmalig um zwei Jahre über die festgelegte Altersgrenze hinaus verlängert.

Ziffer 5.2.2 Die Empfehlung der Festlegung einer Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder fällt in die Zuständigkeit des Gesellschafters der LMBV.

Ziffer 6.2.1 und 6.2.2

Die Darstellung der Vergütungen der Mitglieder der Geschäftsführung erfolgt im Anhang zum Jahresabschluss individualisiert. Eine Einbeziehung der Pensionszusage und deren Offenlegung werden nicht vorgenommen, da die Vertragsparteien hierfür keine Offenlegung vereinbart haben.

Die Erlangung der entsprechenden vertraglichen Zustimmungserklärung zur Offenlegung bei Neu- oder Wiederbestellung von Mitgliedern der Geschäftsführung fällt in die Zuständigkeit des Gesellschafters der LMBV.

Bonn, den 5.2.2013

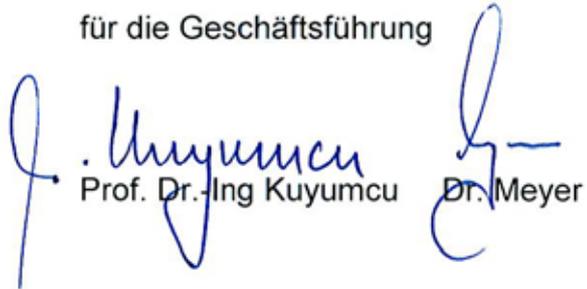
für den Aufsichtsrat



Dr. Hartmann

Senftenberg, den 31. JAN. 2013

für die Geschäftsführung



Prof. Dr.-Ing Kuyumcu

Dr. Meyer